

KONTRASTE

Nummer 8, Oktober 2004

**PRESSE- UND
INFORMATIONSDIENST
FÜR SOZIALPOLITIK**

SOZIALER WOHNBAU

Plädoyer für die Wohnbauförderung	3
Direkte Wohnbauförderung ist unverzichtbar: Wie kann sie effizienter werden?	4
Wohnbauförderung und Wohnungspolitik in Österreich - die politische Langfristperspektive	6
Sozialer Wohnbau in Wien	9
Prekarisierung des urbanen Lebensraums	14
Sozialer Wohnbau in Salzburg nach 1945	17
Gemeinwesenarbeit in der solarCity-Pichling	19
Gegen die Unwirtlichkeit der Städte	21
Interkulturelles Zusammenleben in Großsiedlungen in Nordrhein-Westfalen	24
Ausreichendes Wohnungsangebot steigert Lebensqualität der Menschen	29

BUCHTIPPS	31
------------------------	----

VERANSTALTUNGEN	34
------------------------------	----

Liebe Leserin, lieber Leser!

Anfang Juli ließ eine Meldung aufhorchen: Rund 58.000 ehemals gemeinnützige Wohnungen wurden von der Republik Österreich an ein privates Bieterkonsortium, bestehend aus fünf österreichischen Finanzinstituten (Banken, Versicherungen), verkauft, die größte Wohnungsprivatisierung in der Zweiten Republik war damit abgeschlossen. Die Vorgeschichte: Im November 2000 wurde vom Parlament die Aufhebung der Gemeinnützigkeit für die im Besitz der öffentlichen Hand stehenden Wohnungen beschlossen. Während sich die Eigentümer (Länder, Städte) der fünf betroffenen Landesgesellschaften für die Beibehaltung der Gemeinnützigkeit entschieden, wurden die Bundeswohnbaugesellschaften in gewerbliche Baugesellschaften umgewandelt und sukzessive veräußert. Die MieterInnen kamen dabei allerdings nur sehr beschränkt zum Zug: Entgegen anderslautender Versprechungen wurden an sie nicht einmal fünf Prozent der Wohnungen verkauft - zu Preisen, die deutlich über dem Durchschnittserlös des Verkaufs an das Bieterkonsortium liegen.

Bestehende und künftige Mietverhältnisse in den privatisierten Wohnungen unterliegen weiterhin den Mietpreisregelungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes (WGG), die Renditen werden daher nur eine bescheidene Größenordnung erreichen. Da dies für die InvestorInnen keine befriedigende Situation darstellt, wird befürchtet, dass der Druck der privaten Immobiliengesellschaften auf die Mietbeschränkungen für Sozialwohnungen massiv zunehmen könnte. Eine Aufweichung oder Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit würde allerdings an einem Fundament der österreichischen Wohnungspolitik rütteln und hätte weitreichende Folgen für den sozialen Wohnbau.

Denn die dem WGG unterliegenden gemeinnützigen Bauvereinigungen decken ein beachtliches Segment des österreichischen Wohnungsmarktes ab: Rund jede/r vierte ÖsterreicherIn lebt in einer von Gemeinnützigen errichteten und/oder verwalteten Wohnung. Seit der Wohnrechtsnovelle 1999 müssen ältere gemeinnützige Mietwohnungen auch bei Wiedervermietung preiswert angeboten werden. Diese - zur Zeit rund 300.000 - Wohnungen spielen eine wesentliche Rolle bei der Versorgung junger wohnungssuchender Familien und wirken tendenziell preissenkend auch auf den privaten

Wohnungsmarkt. Weiters müssen Eigenkapital und Gewinne der gemeinnützigen Bauvereinigungen wieder in den Wohnbau reinvestiert werden. Der spekulative Wohnbau (zu Gewinnzwecken) wird damit ausgeschaltet, die Mittel fließen - je nach Bedarf - in den Wohnungsneubau und/oder in Sanierungsmaßnahmen (vgl. Beitrag Köppl). Dass man sich von diesem Prinzip nicht leichtfertig verabschieden sollte, zeigt die Entwicklung in Deutschland: Dort führte die Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit zu einem Anstieg der Mieten und zu einer Verschlechterung der Wohnversorgung insbesondere für weniger finanzkräftige WohnungswerberInnen (vgl. Beitrag Stöger).

Das Vertrauen der österreichischen Bundesregierung in die Problemlösungskompetenz des (Wohnungs)Marktes bei gleichzeitiger Ablehnung staatlicher Eingriffe ist dennoch ungebrochen. Insofern steht auch eine Reduktion oder Streichung der Bundesbeiträge zur Wohnbauförderung zur Diskussion. Die Wohnbauförderung ist eine direkte Objektförderung, die wesentlich zur Herausbildung des bestehenden Grundstockes an qualitativ guten und leistbaren Sozialwohnungen beigetragen hat. Der Anteil der direkten Objektförderung ist in Österreich deutlich höher als in anderen Staaten, der Anteil der Subjektförderung (direkte Beihilfen für MieterInnen) entsprechend geringer. Bemängelt wird an der Wohnbauförderung deren mangelnde Treffsicherheit, da Ärmere davon nicht überproportional profitieren. Andererseits wird dadurch eine bessere soziale Durchmischung der Wohnquartiere gewährleistet und so die Herausbildung von Slums und Ghettos tendenziell verhindert.

Allerdings ist auch hierzulande (z.B. in Wien) ein akuter Fehlbestand an preiswerten Wohnungen festzustellen (vgl. Beitrag Mitterndorfer). Eine verstärkte Berücksichtigung weniger zahlungskräftiger Haushalte, etwa durch eine vermehrte Bereitstellung eigenmittelfreier Neubauwohnungen oder durch eine verstärkte Subjektförderung - bei zumindest gleichbleibendem Gesamtförderniveau - erscheint somit durchaus geboten, meint

Ihre
KONTRASTE-Redaktion

Plädoyer für die Wohnbauförderung

Die RednerInnen bei der Jahrestagung der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft brachten gewichtige Argumente für die Beibehaltung der Wohnbauförderung vor.

Mit Blickpunkt auf die Verhandlungen zum Finanzausgleich stand der Verbandstag der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft Österreichs am 3. Juni 2004 im Wiener Messe Congress Center ganz im Zeichen eines Plädoyers für die Beibehaltung der Wohnbauförderung. In drei Fachreferaten zeigten Experten aus unterschiedlichem Blickwinkel wesentliche Aspekte zur Funktion und Wirkungsweise des heimischen Wohnbauförderungssystems auf.

Nowotny: Gegen reine Subjektförderung

Für Professor Ewald Nowotny von der Wirtschaftsuniversität Wien bedarf vor allem der Wohnungsmarkt mit seiner Besonderheit der Wohnung als existentiellstem Gut für den Nutzer und gleichzeitig langfristigem Wirtschaftsgut eines starken öffentlichen finanziellen Engagements, um Fehlentwicklungen und Mängel in der Wohnversorgung zu verhindern. Der Ökonom plädierte - im Lichte internationaler Erfahrungen - vor allem für eine Beibehaltung des bestehenden Miteinanders von Objektförderung und ergänzender Subjektförderung. Eine reine Subjektförderung, wie etwa in Großbritannien, käme volkswirtschaftlich nicht nur teuer zu stehen, sondern hätte auch negative Folgen für die soziale Kohärenz einer Gesellschaft. Der Idee einer Konzentration von finanziellen Wohnhilfen auf die sozial Schwächsten erteilte der Ökonom eine eindeutige Abfuhr: „Services for the poor tend to become poor services“.

Empfänger der Mittel der Wohnbauförderung in Österreich

In % der Fördermittel

Private Personen	24
Gewerbliche Bauträger	25
Gemeinnützige Bauvereinigungen	33
Gemeinden	12
Subjektförderung	6

Quelle: Nowotny

Czasny: Ghettoisierungseffekte werden vermieden

Karl Czasny vom Institut für Stadt- und Regionalforschung zeigte anhand einer internationalen Vergleichsstudie, dass es in Österreich gelungen ist, durch die Förderung eine ausgewogene Wohnkostenstruktur zu etablieren, die zunehmend „Armutsriskiken abfedert“. Messbar und nachweislich wäre, dass unser Förderungssystem eine soziale Durchmischung im Wohnbereich ermöglicht, Ghettoisierungseffekte vermeiden hilft und damit auch einen Beitrag zum sozialen Frieden leistet. So würden etwa im EU-Mittel 21 Prozent der ärmeren Haushalte in „Wohnquartieren leben, in denen Kriminalität und Vandalismus“ registriert werden, in Österreich sind es nur sieben Prozent.

Michael Landau, Caritasdirektor der Erzdiözese Wien, verwies vor allem auf den hohen Wert leistbaren Wohnens für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. In der Arbeit der Caritas zeige sich überdies tagtäglich, wie sehr gerade für diejenigen, die es im Leben „ein wenig schwerer haben als der Durchschnitt“, die Wohnung eine Voraussetzung sei, sich in der Gesellschaft zu integrieren. Landau sprach sich für eine Beibehaltung der bisherigen Dotation der Wohnbauförderung aus und erhofft sich im Rahmen eines „Rechts auf Wohnen“ künftig eine stärkere Beachtung der Wohnprobleme von Randgruppen und sozial Bedürftigen. Auch die drei Nationalratsabgeordneten und Wohnbau-ExpertInnen Walter Tancsics (ÖVP), Dietmar Hoscher (SPÖ) und Gabriele Moser (Grüne) signalisierten hohe Wertschätzung und Unterstützung für eine weiterhin leistungsfähige Wohnbauförderung, die sich in ihren „sozialen und wirtschaftlichen Zielsetzungen bestens bewährt hat“.

Wurm: Wohnbauförderung nach wie vor unverzichtbar

GBV-Obmann Karl Wurm wandte sich in seinem Grundsatzreferat vor allem gegen jene neoliberale Tendenz, unter den Slogans von „schlanker Staat, Privatisierung und Deregulierung“ Fragen von höchster Prio-

rität wie „Beschäftigung, Sicherung eines ausreichenden Einkommens und der Lebensqualität durch leistbares und sicheres Wohnen“ aus dem politischen Diskurs auszublenden. Die Wohnbauförderung wäre „bei vergleichsweise geringen Kosten nach wie vor ein unverzichtbarer Faktor für eine funktionierende Gesellschaft im Gleichgewicht“. Klaus Lugger, Aufsichtsratsvorsitzender des Dachverbandes der Gemeinnützigen und Herbert Ludl, Chef der Landesgruppe Wien, verwiesen

in ihren Statements darauf, dass die Kombination von Wohnungsgemeinnützigkeit und Wohnbauförderung die optimale Voraussetzung bietet, der wieder steigenden Wohnungsnachfrage zu begegnen. Voraussetzung dafür sei aber, dass die Wohnbauförderungsmittel nicht reduziert werden.

Quelle: GBV: Presseaussendung zum Verbandstag, Wien, 4.6.2004

Direkte Wohnbauförderung ist unverzichtbar: Wie kann sie effizienter werden?¹

Seit den neoliberalen Tendenzen in der österreichischen Wirtschafts- und Budgetpolitik gerät auch die Wohnbauförderung unter Druck. Die rund 1,78 Milliarden Euro Ausgaben des Bundes für die Wohnbauförderung sollen nach den Aussagen des Finanzministers empfindlich gekürzt werden. Neoliberale Marktideologien unterstützen derartige Absichten. Mehr Markt, weniger Staat heißt die neue Parole, deshalb sollen Sozialausgaben gekürzt und staatliche Wirtschaftsaktivitäten zurückgenommen werden.

Marktmechanismen sind jedoch wegen der Besonderheit des Produkts Wohnung ungeeignete Instrumente zur Sicherstellung der Wohnversorgung. Kein anderer Bereich der Wirtschaft reagiert so empfindlich wie der Wohnungsmarkt. Steigt die Nachfrage auch nur geringfügig, so wirkt sich das mit Hebelkraft auf die Preise aus. Ohne direkte Wohnbauförderung können keine leistbaren Wohnungen in ausreichender Zahl gebaut werden, die Bauleistung geht drastisch zurück, das Wohnungsangebot sinkt. Damit steigen aber auch die Preise und Mieten bereits gebauter Wohnungen überproportional. Das ist bekannt und wird auch in vielen Studien nachgewiesen. Unmittelbar Leidtragende sind junge wohnungssuchende Familien – denn auf eine Wohnung kann man nicht verzichten. Mittelfristig wird das hohe Ungleichgewicht am Wohnungsmarkt immer mehr Familien betreffen. Diese Defizite werden aber auch andere Wirtschaftsbereiche durch sinkende Konsumausgaben, Verschlechterungen in der Standortqualität sowie höhere Inflationsraten negativ beeinflussen.

Wohnbauförderung muss mehr als Sozialhilfe sein

Ein häufiges Argument der Gegner der direkten Wohnbauförderung ist deren angeblich mangelnde Umverteilungswirkung. Deshalb sollte die Wohnbauförderung

gekürzt, die direkte Bauförderung überhaupt gestrichen werden und nur mehr ein Bruchteil der bisherigen Ausgaben als Wohnbeihilfen an die Ärmsten ausbezahlt werden. Dabei werden aber wesentliche Faktoren von den Gegnern der Wohnbauförderung nicht berücksichtigt.

So wird nur die Vergabe der jeweils neu errichteten geförderten Wohnungen bewertet, nicht aber die Verteilung der älteren, weitgehend entschuldeten und deshalb billigeren geförderten Mietwohnungen einbezogen. Berücksichtigt man auch diesen Wohnungsbestand, so zeigt sich ein völlig anderes Bild der Umverteilung. Denn vor allem diese geförderten Mietwohnungen tragen sehr viel zur Versorgung einkommensschwächerer Familien bei.

Neu errichtete geförderte Wohnungen überwiegend an die einkommensschwächsten Familien zu vergeben, würde unmittelbar zu einer enormen Erhöhung der Förderungssätze führen müssen und damit zu einer Verringerung der Gesamtbauleistung. Denn neue Wohnungen sind trotz Förderungen wegen der ständig steigenden Boden- und Baupreise und der noch hohen Darlehenslasten die jeweils teuersten. Es ist deshalb sinnvoll, sie an mittlere Einkommensgruppen zu vergeben, solange weniger gut verdienende Familien im älteren gemeinnützigen Wohnungssegment leistbare Wohnungen finden. Mittelfristig werden aber auch Wohnungen in

Neubauten nach der Entschuldung wieder für junge, weniger gut verdienende Familien zur Verfügung stehen.

Abgesehen davon zeigen die Erfahrungen in anderen europäischen Ländern, dass die wohn- und sozialpolitische Effizienz einer Wohnbauförderung, die vor allem in Wohnbeihilfenzahlungen besteht, sehr gering ist. Wohnbeihilfen, die nicht im Zusammenhang mit Objektförderungen für Neubau, Sanierung oder Belegungsrechten vergeben werden, werden nur zu einem geringen Teil zur Verbesserung des Wohnkonsums eingesetzt. Eine allgemeine Wohnbeihilfe ist damit im wesentlichen nur eine spezielle Form der Sozialhilfe und führt sicher nicht zu entsprechender Wohnbauleistung oder zu einem ausreichenden Wohnungsangebot. Abgesehen davon wäre eine solche Form der Förderung auch nicht billiger. In vielen Ländern sind die Wohnbeihilfenzahlungen enorm gestiegen, obwohl diese immer restriktiver gehandhabt werden.

Wohnungspolitik, welche die Wohnversorgung der Bevölkerung nicht den untauglichen Marktmechanismen überlassen will, ist deshalb auf die direkte Wohnbauförderung als Steuerungsinstrument angewiesen. Aber man soll dieses Instrument so effizient wie möglich gestalten und einsetzen.

Hohe Förderungsrentabilität durch gemeinnützigen Wohnbau

Eine rationale und pragmatische Wohnungspolitik soll deshalb die Eigenarten des Produktes Wohnung und des Wohnungsmarktes berücksichtigen. Statt die direkte Wohnbauförderung zu kürzen oder gar zu streichen, sollte sich die Politik mit der Frage auseinandersetzen, wie die Wohnbauförderung gestaltet werden kann, um einen möglichst hohen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Nutzen zu bringen.

Eines der Instrumente, mit denen die Rentabilität der Wohnbauförderung optimiert werden kann, ist die Wohnungsgemeinnützigkeit. Wird die Wohnbauförderung in die Errichtung gemeinnütziger Mietwohnungen investiert, wird der sozial- und volkswirtschaftliche Nutzen zusätzlich verstärkt. Die Gründe dafür sind folgende:

- 1) Durch die strengen Preis- und Organisationsregelungen des Gemeinnützigkeitsgesetzes und durch die staatliche Aufsicht haben der Fördergeber und der Wohnungsnutzer zusätzlich eine Garantie und einen Rechtsanspruch, dass der Förderungsvorteil auch weitergegeben wird.
- 2) Gemeinnützige Mietwohnungen unterliegen einer zusätzlichen Mietpreisbegrenzung. Durch die Wohnrechtsnovelle 1999 (WRN 1999) wurde gesichert, dass ältere gemeinnützige Mietwohnungen im Eigentum von gemeinnützigen Bauvereinigungen bei Wiedervermietung preiswert angeboten werden müssen. Die Förderungsvorteile bleiben damit langfristig und für zukünftige Generationen erhalten. Der Bestand an solchen Genossenschaftswohnungen beträgt derzeit rund 300.000. Jährlich kommen rund 10.000 Wohnungen dazu. Diese Wohnungen spielen auch am Wohnungsmarkt eine wichtige Rolle für die Versorgung junger wohnungssuchender Familien und wirken tendenziell preissenkend auch auf den privaten Wohnungsmarkt. Die von Regierungsseite immer wieder geäußerte Absicht, die Mieten bei diesen Wohnungen zu erhöhen, wird deshalb neben Versorgungsproblemen für weniger gut verdienende Familien auch kontraproduktiv auf die Rentabilität der Wohnbauförderung wirken. Es wird dadurch generell zu einem Anstieg des Preis- und Mietenniveaus am Wohnungsmarkt kommen. Damit werden wiederum die Wohnbeihilfenausgaben steigen, zu Lasten der direkten Bauförderung. Damit sinkt die Neubauleistung und die Mietensteigerungsspirale wird erst recht in Gang gesetzt. Zum Nachteil der Bevölkerung.
- 3) Im Gegensatz zu privaten Bauträgern müssen gemeinnützige Bauvereinigungen Eigenkapital und Gewinne wieder in den Wohnbau reinvestieren. Damit wird der ökonomische Nutzen der Förderung wesentlich verstärkt, die öffentlichen Budgets werden entlastet. Das zweckgebundene Eigenkapital der gemeinnützigen Bauvereinigungen ist eine Ergänzung der öffentlichen Förderung und kann kurzfristige Schwankungen bei Subventionen und Zinsatzentwicklungen ausgleichen.
- 4) Durch die starke Beschränkung der Gewinnausschüttung und durch die Vermögensbindung bei gemeinnützigen Bauvereinigungen wird auch der sozialpolitisch schädliche spekulative Wohnungsbau ausgeschaltet.

- 5) In keinem anderen Wohnungssegment wurde in den letzten Jahren so stark in die Erhaltung und Verbesserung – insbesondere auch in die thermische Sanierung – investiert wie im gemeinnützigen Wohnungsbestand. Gewinnausschüttungsbeschränkungen und Reinvestitionspflicht zwingen gemeinnützige Bauvereinigungen bei rückläufigen Neubauleistungen, vermehrt in die Sanierung ehemals geförderter Wohnbauten zu investieren. Damit wird aber auch ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geleistet.
- 6) Der Bestand an leistbaren Wohnungen verbessert die Infrastrukturausstattung eines Landes entscheidend und steigert dadurch die Wettbewerbsfähigkeit bei Betriebsansiedlungen. Gute und leistbare Wohnungen sind auch für die Produktivität der Beschäftigten ein entscheidender Faktor.

Privatisierung der Bundeswohnbaugenossenschaften ist kurzfristige Wohnpolitik

Im Hinblick auf die oben genannten Aspekte war auch die Aufhebung der Gemeinnützigkeit bei den fünf Bundeswohnbaugenossenschaften mit insgesamt rund

60.000 Wohnungen volkswirtschaftlich und sozialpolitisch kontraproduktiv. Der von Finanzminister Grasser festgelegte Verkauf an private in- oder ausländische Immobilienfirmen wird zur spekulativen Bewirtschaftung dieses Wohnungsbestandes führen und bald auch zu einer Erhöhung des Mietenniveaus. Bisherige von diesen Gesellschaften für den Wohnbau reservierte Gewinne müssen nicht mehr in diesen reinvestiert werden, sondern können von den zukünftigen Eigentümern entnommen werden und statt in Bauinvestitionen in mehr oder weniger spekulative Finanzinvestitionen gesteckt oder als private Gewinne ausgeschüttet werden. Die bisherige laufende Erhaltung und Verbesserung der Wohnungen – z.B. durch thermische Sanierung – wird von kurzfristigen Renditeüberlegungen der privaten Eigentümer abhängig werden. Zum Schaden der Mieter und der Wohnungssuchenden.

Franz Köppl
AK Wien

Anmerkung

- 1 Aktualisierte Fassung eines Beitrags für die Zeitschrift „Wohnbauforschung in Österreich“, Ausgabe 2/203

Wohnbauförderung und Wohnungspolitik in Österreich – die politische Langfristperspektive

Politische Konzepte im Widerstreit

Zahlreiche Beobachtungen geben berechtigten Grund zu der Vermutung, dass die wohnungspolitische Diskussion nach dem Zweiten Weltkrieg durch ein intensives Konkurrenzverhältnis zwischen zwei Modellen geprägt wurde, die der staatlichen Regulierung am Wohnungssektor einen höchst unterschiedlichen Stellenwert einräumen:

- * Die *marktwirtschaftliche Variante* zielt auf einen unregulierten Wohnungsmarkt ab und verlangt einen konsequenten Abbau staatlicher Intervention, um die Basis für eine privatwirtschaftliche Lösung der einschlägigen Probleme am Wohnungssektor zu legen. Der regulierende Eingriff des Staates in die Beziehungen zwischen den Marktteilnehmern soll auf Perioden mit extremer Wohnungsnot beschränkt bleiben und somit kurzfristigen Charakter haben.

- * Die Vertreter der *staatsinterventionistischen Variante* zweifeln dagegen an der Lösungskompetenz des marktwirtschaftlichen Modells und halten eine flächendeckende Wohnraumversorgung nur dann für erreichbar, wenn eine gezielte staatliche Intervention die Marktmechanismen wirksam und dauerhaft einschränkt.

Zu den Charakteristika der staatlich regulierten Wohnungswirtschaft zählen Mietpreisbindungen, hohe öffentliche Förderungen, die zentrale Stellung der gemeinnützigen Wohnbauträger und die marginale Bedeutung privater Bauherren. Dagegen sind die freie Mietenbildung, eine private Wohnbaufinanzierung über den Kapitalmarkt, Anreize zur Eigentumbildung und eine geringe Relevanz der gemeinnützigen Wohnungsanbieter für die Wohnungsmarktwirtschaft typisch.

Hinter beiden Modellen stehen die spezifischen Interessenslagen gesellschaftlicher Gruppierungen, die unmittelbar aus unterschiedlichen Positionen auf dem Wohnungsmarkt ableitbar sind. Ordnet man diese Modelle den in Österreich dominanten politischen Kräften zu, dann bevorzugte die SPÖ eine ausgeprägte staatliche Regulierung, während die ÖVP speziell seit den 1980er Jahren eindeutig die marktwirtschaftliche Variante in den Mittelpunkt rückte.

Eine ausgeprägte Staatsintervention und eine hohe Regulierungsdichte bildeten – in einer längerfristigen Perspektive – die zentralen Strukturmerkmale des österreichischen Wohnungsmarktes. Die Regulierung betraf sowohl die Mietpreisbildung wie auch die Finanzierung des Wohnungsneubaus, die nicht primär über den privaten Kapitalmarkt, sondern durch ein hohes öffentliches Fördervolumen erfolgte. Dagegen setzte sich in vielen westeuropäischen Ländern (vor allem in den vergangenen zwanzig Jahren) eine Privatisierung und „Vermarktwirtschaftlichung“ am Wohnungssektor durch, die unter anderem in der Kürzung der öffentlichen Förderungen, der Auflösung von sozialen Wohnungsbeständen sowie der verstärkten Begründung von Wohnungseigentum zum Ausdruck kam.

Kontinuitäten der österreichischen Förderpolitik

Eine kritische Analyse belegt, dass die österreichische Wohnbauförderungspolitik mehrere Konstanten aufweist, die erst in den vergangenen Jahren unter massiven Druck gerieten.

Im europäischen Vergleich hatte die indirekte Wohnbauförderung, die mit steuerlichen Anreizen operiert, ein deutlich geringeres Gewicht als direkte Fördermaßnahmen in Form von Objekt- und Subjektförderungen. Charakteristisch erscheint das hohe Gewicht der Objektförderung, die in Österreich zur Ausbildung eines Grundstockes an qualitativ guten und kostengünstigen Sozialwohnungen maßgeblich beitrug. Seit den 1960er Jahren erfolgte eine moderate „Privatisierung“ in der Neubaufinanzierung, da der Anteil der Kapitalmarktmittel sukzessive anstieg, die bewährte Objektförderung jedoch auf hohem Niveau erhalten blieb. Die Objektförderung wurde durch die Subjektförderung ergänzt, die individuell und einkommensbezogen ge-

währt wird und die steigenden Anfangs- und Dauerbelastungen für leistungsschwächere Wohnungswerber reduziert. Mit der Einführung der Subjektförderung reagierte der Gesetzgeber auf die Differenzierung der Einkommen und Kostensteigerungen im Sozialwohnbau, die durch die Preisdynamik auf den Bau- und Grundstücksmärkten ausgelöst wurden.

Die Nachfrage nach Objektförderungen ging in erster Linie von den gemeinnützigen Bauträgern aus, die Interesse an billigen Finanzierungsmitteln zeigten und nach 1945 eine Schlüsselposition in der österreichischen Wohnungswirtschaft einnahmen. Die gemeinnützigen Bauherren besaßen ein De-facto-Monopol beim Bezug von Objektförderungen. Zugleich war der gemeinnützige Sektor im politischen System fest verankert, da die beiden Großparteien wichtige Einflusspositionen in den Organen der gemeinnützigen Gesellschaften besetzten. Diese politische Durchdringung der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft mag dazu beigetragen haben, dass der soziale Wohnbau lange Zeit politisch unumstritten war und alle Wohnbauförderungs-gesetze der Zweiten Republik die gemeinnützigen Bauträger begünstigten.

Wichtig erscheint, dass eine Reihe von Interessensgruppen in erheblichem Maß vom System der öffentlichen Wohnbauförderung profitierte. In der Nachkriegs-ära formte sich eine stabile Interessenskoalition, die parteiübergreifenden Charakter hatte und hohes Interesse an einem langfristigen Erhalt der Wohnbauförderung zeigte. Zu dieser (informellen) Koalition gehörten die gemeinnützigen Bauträger, die Bauunternehmen, Teile der Industrie und der Bankwirtschaft, die Gewerkschaften und die Arbeiterkammern. Die Wohnbauförderung sorgte nicht nur für ein ausreichendes Angebot am Wohnungsmarkt, sondern trug zur Beschäftigungssicherung am Bausektor bei, hielt die Lebenshaltungskosten (und damit auch die Löhne) auf einem moderaten Niveau und sicherte den in der Wohnbaufinanzierung engagierten Banken Zinsgewinne (durch öffentliche Zinszuschüsse).

Das System der öffentlichen Wohnbauförderung stellte ein hohes Maß an Problemlösungsfähigkeit unter Beweis und passte sich erfolgreich veränderten Rahmenbedingungen an. Die Wohnbauförderung sichert seit Jahrzehnten ein hohes Neubausvolumen, reduziert die

Wohnungskosten unter die Marktpreise, trägt zur Verbesserung der Wohnstandards im Neubau bei und erfüllt eine zentrale Funktion in der Altbausanierung.

Die Wohnbauförderung im Wandel der Regierungsformen

Die detaillierte Ausgestaltung der Wohnbauförderung wird maßgeblich von den aktuellen politischen Machtverhältnissen und den Einflusschancen der einzelnen gesellschaftlichen Interessensgruppen auf die politischen Entscheidungsprozesse geprägt. Die Entwicklung der Objektförderung und die Schwankungen des öffentlichen Fördervolumens können diese Einschätzung bestätigen.

Nachdem unter der ÖVP-Alleinregierung der 1960er Jahre ein Ausbau der Kapitalmarktfinanzierung und eine Verringerung der Objektförderung erfolgt waren, erhöhte die SPÖ-Regierung das öffentliche Fördervolumen, um die Wohnraumversorgung auf einem hohen Niveau zu stabilisieren. In der ersten Hälfte der 1980er Jahre lag der Akzent weiterhin auf der Objektförderung und wurde der öffentlichen Förderpolitik eine angebotserweiternde und beschäftigungssichernde Funktion zugewiesen. Die Politik reagierte auf die „neue Wohnungsnot“ der 1980er Jahre, als der demographische Wandel zu einem Anstieg der Wohnungsnachfrage führte, und leistete einen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in einem konjunkturell schwierigen Umfeld. Die Förderpolitik der SPÖ beruhte auf der Erkenntnis, dass zur öffentlichen Intervention am Wohnungssektor keine realistische Alternative besteht, da der wenig regulierte Wohnungsmarkt kein ausreichendes Wohnraumangebot generieren kann.

Der Regierungseintritt der ÖVP, die neoliberale Politikansätze ventilierte, führte zu keinem Bruch mit der bewährten Wohnbauförderungspolitik, begünstigte jedoch die Implementierung marktwirtschaftlicher Elemente und den Abbau staatlicher Regulierung. Die Koalitionsregierung der 1980er Jahre beschloss aus budgetpolitischen Erwägungen eine „Verlängerung“ der Wohnbauförderung, deren Finanzierung durch Bundes- und Länderbeiträge erfolgte. Die öffentliche Wohnbauförderung blieb erhalten, die Bundeszuschüsse entwickelten sich jedoch zu einem Gegenstand koalitionsinterner Konflikte.

Nach einem vergleichbaren Muster veränderte sich auch der Stellenwert der öffentlichen Förderung von Eigentumswohnungen mit den politischen Rahmenbedingungen. Während für die ÖVP-Alleinregierung die Eigentumsförderung Priorität hatte, schlug das Pendel unter der SPÖ-Regierung in die Gegenrichtung aus, die Förderung von gemeinnützigen Mietwohnungen rückte wieder ins Zentrum. Allerdings fand die Eigentumswohnung in den einzelnen Fördergesetzen weiterhin angemessene Berücksichtigung. Zugleich wurde die eigentumspolitische Diskussion um eine wesentliche Facette erweitert: Die oppositionelle ÖVP plädierte nicht allein für eine forcierte öffentliche Eigentumsförderung, sondern forderte auch eine verstärkte Eigentumsbildung durch Privatisierung von kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbeständen.

Die „Große Koalition“ der 1980er Jahre formulierte ein Bündel von eigentumspolitischen Maßnahmen, die eindeutig die Handschrift der ÖVP trugen. Das Arbeitsübereinkommen von 1987 etwa enthielt klare Privatisierungs- und Deregulierungsforderungen: Angestrebt wurde eine „Eigentumsbildung an bestehender Wohnsubstanz ...“, mehr privatwirtschaftliche und weniger gemeinnützige Organisationsformen und eine Lockerung der Verwertungsbeschränkungen im Wohnungswesen. Die praktischen Folgen dieses Programms blieben gering, da die kommunalen und gemeinnützigen Wohnungsbestände als stabiles Fundament des sozialen Wohnungswesens in Österreich nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurden. Weitreichende Verkaufsabsichten schienen aufgrund der politischen Machtkonstellationen und des herrschenden gesellschaftlichen Klimas nicht realisierbar.

Abschied vom Sozialen Wohnbau?

Mit dem Ausscheiden der SPÖ aus der Bundesregierung und dem Übergang zu einer konservativen Regierungskoalition geriet die Wohnungspolitik unter den Einfluss von neoliberalen, marktwirtschaftlichen Konzepten, die zu einem Wechsel des bisherigen wohnungspolitischen Pfades führten. Mit dem Wandel der politischen Machtverhältnisse gewannen jene wohnungspolitischen Überlegungen an realpolitischer Bedeutung, welche die ÖVP zu Beginn der 1980er Jahre formuliert, bei ihrem Koalitionspartner jedoch nicht zum Durchbruch gebracht hatte. Die Wohnungspolitik

der ÖVP-FPÖ-Regierung stellt die Tradition des sozialen Wohnungswesens in zweifacher Hinsicht in Frage:

- * Diskutiert wird eine deutliche Reduktion oder Streichung der Bundesbeiträge zur Wohnbauförderung, obwohl die positiven Effekte der Objektförderung für das Wohnungsangebot und die Arbeitsmarktlage in der Baubranche hinlänglich bekannt sind.
- * Mit dem Verkauf der gemeinnützigen Wohnbauträger des Bundes wird ein nicht geringer Teil des sozial gebundenen Wohnungsbestandes zur Verwertung durch private Interessenten freigegeben. Da die privaten Eigentümer an die Mietpreisregelungen des Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetzes gebunden sind, werden die Renditen eine bescheidene Größenordnung erreichen. Der Druck der privaten Immobiliengesellschaften auf die Mietbeschränkungen für Sozialwohnungen könnte massiv zunehmen. Eine mögliche Aufweichung oder gar Aufhebung des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts hätte freilich flächendeckende Auswirkungen und würde dem sozialen Wohnungswesen in Österreich seine legislative Basis rauben. In Deutschland führte die Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit zu einem An-

stieg der Mietpreise und einer Verschlechterung der Wohnungsversorgung speziell bei leistungsschwächeren Wohnungswerbern.

Der eingeschlagene wohnungspolitische Pfad geht zu Lasten der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, die in der Vergangenheit die Wohnungsversorgung einer Bevölkerungsmehrheit sicherte, und könnte in eine wenig regulierte Wohnungsmarktwirtschaft münden, die primär den verwertungsorientierten Interessen der privaten Wohnungsanbieter Rechnung trägt.

Harald Stöger
Mitarbeiter bei wissenschaftlichen
Forschungsprojekten

Literatur

Zur Einordnung der österreichischen Wohnungspolitik in den europäischen Kontext: Chr. Donner, Wohnungspolitik in der Europäischen Union. Theorie und Praxis, Wien 2000
Zu den historischen Grundlagen der aktuellen Privatisierungspolitik am Wohnungssektor: H. Kepplinger, Privatisierung und Wohnungswirtschaft, in: WISO 1 (1987), 43-54.

Sozialer Wohnbau in Wien

Entstanden als international beachtetes Reformwerk in den 20er Jahren, wurde der soziale Wohnungsbau in Wien kontinuierlich weiterentwickelt. Heute leben fast 60 Prozent aller Wiener Haushalte in geförderten Wohnungen, 220.000 davon in kommunalen Mietwohnungen.

Die durch Kriegsschäden, Hungersnot und Teilung in vier Sektoren schwer getroffene Stadt Wien legte noch im Jahr 1945 in einer Enquete für den Wiederaufbau der Stadt die wichtigsten kommunalpolitischen Ziele fest, darunter eine Auflockerung des dicht bebauten Stadtgebietes, eine Verdichtung der Randgebiete durch Gartensiedlungen und die Durchführung von Architekturwettbewerben. Der Wohnungsfehlbestand wurde mit 117.000 Wohneinheiten beziffert.

Bereits 1947 erfolgte der Spatenstich für eine große kommunale Siedlungsanlage am südlichen Stadtrand, die nach dem schwedischen Ministerpräsident Per Albin Hansson benannt wurde, der durch die Schwedenhilfe den Bau ermöglicht hatte. Andere Großwohnungsanlagen wie Siemensstraße und Hugo-Breitner-

Hof folgten, die durchschnittliche jährliche Bauleistung im sozialen Wohnungsbau stieg auf etwa 5.000 Einheiten. Dazu kam 1950 noch ein Schnellbauprogramm mit sogenannten Duplexwohnungen - Kleinwohnungen, die für eine spätere Zusammenlegung gedacht waren. Trotz dieses offensichtlichen Billigwohnbaus wurden alle neuen Wohnungsanlagen weiterhin mit großzügigen Wohnfolgeeinrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Gesundheits- und Freizeiteinrichtungen sowie Geschäften ausgestattet. Bis zum Jahr 1958 war der Wiederaufbau Wiens im wesentlichen abgeschlossen und der qualitative Wohnungsfehlbestand beseitigt, während die Bevölkerungszahl auf Grund der geopolitischen Randlage Wiens am Eisernen Vorhang kontinuierlich abnahm.

Ziel der Stadt Wien war es, durch verstärkten Wohnungsneubau die Qualität des Wohnungsbestandes deutlich zu heben. Zwar fanden die vorgesehenen Flächensanierungen mit dem Abbruch mangelhafter Gründerzeitquartiere nur in wenigen Einzelfällen statt, doch startete mit der Eröffnung des ersten Montagebauwerks 1961 der Bau großer neuer Siedlungen am nördlichen und südlichen Stadtrand.

Vor allem die Großfeldsiedlung wurde zum Synonym der Fertigteilmontagebauweise nach dem französischen Camus-System. Trotz weiter Grünanlagen und einer kompletten Infrastruktur wurden diese Wohnungen zum Zielpunkt vielfältiger Fachkritik - vor allem an der Monotonie der Architektur und an der ungenügenden öffentlichen Verkehrserschließung. Der Bau einer U-Bahn-Verlängerung in die Großfeldsiedlung findet erst jetzt statt.

Die Wohnungen selbst waren allerdings groß und gut ausgestattet, was wesentlich auch die Akzeptanz durch die Bewohner selbst erklärt. Tatsächlich war und ist die Mobilitätsrate in diesen Siedlungen nicht höher als im Wiener Durchschnitt - und das heißt sehr gering -, und die Fertigteilsiedlungen wurden auch nie zu Slums oder Ghettos, wie vielfach prognostiziert. Alle Wohnungen wurden an das Fernheizsystem der Stadt angeschlossen, verfügten über Balkone oder Terrassen. Zu den bemerkenswertesten Fertigteilmontagen gehören die Planungen des Architekten Harry Glück in Alt Erlaa. Mit Wohneinheiten, Schule, Kindergarten, Ärztezentrum, Sport- und Freizeiteinrichtungen (darunter Saunas und Dachschwimmbäder), Einkaufszentrum und eigener U-Bahn-Station stellt die Siedlung eine eigene Kleinstadt und ein markantes städtebauliches Zeichen Wiens dar.

Vor allem aber waren die Mieten nach wie vor sehr niedrig. Das enorme Bauvolumen von mehr als 10.000 Sozialwohnungen pro Jahr entlastete das dicht bevölkerte innerstädtische Gebiet und schuf damit die Voraussetzungen für das große Stadterneuerungsprogramm der folgenden Jahrzehnte.

Die sanfte Stadterneuerung

Wiens gründerzeitliches Erbe ist einzigartig. Dies gilt nicht nur für die städtebauliche Leistung der Ringstraße und für den architektonischen Aufbruch der Sezession,

ebenso prägend für Wiens Selbstverständnis sind die dicht bebauten Stadtteile beiderseits des Gürtels. Bezogen auf den Wohnungsbestand mit rund 30 Prozent aller Wohnungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg ist Wien die älteste Hauptstadt Europas. Die Bedeutung dieser Stadtteile liegt in ihrer (noch) vorhandenen Nutzungsmischung, in ihrer Aufnahmefähigkeit für neue Lebens- und Haushaltsformen und für Zuwanderer. Zugleich müssen diese Viertel verbessert werden - vor allem hinsichtlich ihrer Wohnungs- und Freiraumqualität.

Seit 1974 werden zur Koordinierung und Stimulierung von Sanierungsprogrammen im vorwiegend privaten Mietwohnungsbestand eigene Gebietsbetreuungen - von der Stadt beauftragte Architekten oder Bauträger - vor Ort eingesetzt. Heute sind 14 Gebietsbetreuungen in allen Gebieten Wiens tätig, und zwar ohne eigene wirtschaftliche Tätigkeit im jeweiligen Gebiet - ein bewusster Unterschied etwa zu Sanierungsbeauftragten in vielen europäischen Großstädten.

Zehn Jahre später startete Wien das weltweit wohl größte Wohnhaussanierungsprogramm mit bisher mehr als 170.000 sanierten Wohnungen - durchschnittlich 10.000 pro Jahr. Im Einvernehmen mit den Mietern wird die Wohnungsqualität angehoben - Einbau von WC's und Badezimmern, Anschluss an Zentral- oder Fernheizung, Verbesserung der Wärmedämmung, Einbau von Aufzügen usw. -, ohne die ursprünglichen, oft sozial schwachen Mieter zu verdrängen. Grundlage dieser sanften Stadterneuerung ist ein großzügiges Fördersystem mit einem Budget von etwa 218 Millionen Euro jährlich, das durch staatliche Steuerleistungen aufgebracht wird.

Neben privaten Miethäusern werden im Rahmen dieses Programms auch die sozialen Wohnbauten der Zwischenkriegszeit und in zunehmendem Maße auch Nachkriegsbauten durchgreifend saniert und modernisiert. Insbesondere sollen diese Bauten durch Dachgeschossausbauten und Wohnungszusammenlegungen auch größere Wohnungen für junge Familien bieten. Zu den bemerkenswertesten Stadterneuerungsprojekten gehört die durchgreifende Sanierung und Modernisierung von Wohnbauten des Roten Wien, darunter stadtbildprägender Bauten wie dem Karl-Marx-Hof, Rabenhof, George-Washington-Hof oder Sandeilen.

Wohnungsbau der 70er und 80er Jahre

Auch während der 70er und 80er Jahre wurden im Rahmen des sozialen Wohnungsbaues in Wien einige bemerkenswerte Anlagen errichtet. Zu den gelungensten Stadterweiterungsgebieten gehört die Wohnbebauung Wienerberg mit rund 2.500 Wohnungen. Hier wurden kommunale und gemeinnützige Mietwohnungen sowie Eigentumswohnungen nebeneinander angeboten. Dadurch konnten soziale Durchmischung und urbane Vielfalt erzielt werden - ein Verfahren, das mittlerweile zum Standard bei großen Planungen gehört.

Charakteristisch für den politischen Aufbruch der 70er und 80er Jahre sind schließlich die Partizipationsprojekte im sozialen Wohnungsbau. Hier gibt es eine beeindruckende Vielfalt von Mitbestimmungsbauten im Rahmen des geförderten Wohnungsbaues - vom Wohnen mit Kindern von Ottokar Uhl über das Sanierungsprojekt des Wohnhofs Ottakring bis zu sozial orientierten Gruppenprojekten wie BROT. Solche Projekte gibt es natürlich auch woanders - in Wien allerdings fanden und finden sie im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus statt.

Innovative Architektur heute

Der Fall des nur 60 km von Wien entfernten Eisernen Vorhangs führte zu verstärkter Zuwanderung und stellte die Stadt damit auch wohnungspolitisch vor neue Herausforderungen. Zunächst musste der geförderte Wohnungsbau Mitte der 90er Jahre auf 10.000 Einheiten pro Jahr beinahe verdoppelt werden. Eine Schlüsselrolle kam dabei dem Grundankauf durch den von der Stadt gegründeten Wiener Bodenbereitstellungs- und Stadterneuerungsfonds (WBSF) zu. Heute ist eine gewisse Marktsättigung eingetreten, die es erlaubt, Qualitätskriterien stärkere Beachtung zu schenken. Zudem soll etwa die Hälfte der geförderten Wohnungen - immer noch rund 5.000 bis 6.000 Einheiten jährlich - im innerstädtischen Gebiet errichtet werden. Dort sind zwar die Grundkosten höher, doch kann die vorhandene Infrastruktur genutzt werden. Außerdem soll dadurch die soziale Durchmischung in den Gründerzeitvierteln gefördert werden.

Erheblichen Anteil an einer qualitativen Weiterentwicklung des Wiener Wohnungsbaus haben Experimentalbauten, oft in Form sogenannter Themensiedlungen mit

seitens der Stadt vorgegebenen Schwerpunkten. Beispielsweise lenkte die von Architekt Rüdiger Lainer geplante Autofreie Mustersiedlung - Europas größtes autofreies Wohnprojekt - die üblichen Gelder für den Garagenbau in eine bemerkenswerte Infrastruktur um: begrünte Dachgärten, Fahrradwerkstätte, Internet-Cafe, Veranstaltungsräume etc. Gleichzeitig wurde ein umfangreiches ökologisches Konzept realisiert. Ebenfalls enthalten sind Sonderwohnformen - Tagesmütterzentrale, Altenwohnungen -, das Angebot unterschiedlicher Wohnungsausstattungen, Bewohnermitbestimmung und Car-Sharing.

Mehrere Projekte beschäftigen sich mit der Integration von Migranten in die österreichische Gesellschaft - so etwa das Projekt Interkulturelles Wohnen mit seinen Gemeinschaftseinrichtungen, das zum Vorbild mehrerer ähnlicher Wohnungsbauten wurde. Schließlich spielt das Thema Wohnen und Arbeiten eine zunehmend wichtige Rolle in der Städtebaudiskussion. Einen wichtigen Beitrag hierzu leistete das Projekt Compact-City mit 59 Wohneinheiten von 36 bis 105 m², 22 Büros, 20 Werkstätten sowie Ateliers, Geschäften und Lagerräumen - ein vielfältiger Nutzungsmix am Stadtrand soll damit ebenso ermöglicht werden wie Wohnen und Arbeiten im gleichen Gebäude.

Diese Projekte verstehen sich bewusst als Experimente, sollen aber wie andere Experimentalbauten (z.B. Selbstbauprojekte, Holzbausiedlungen) mittelfristig zur Durchsetzung neuer Standards im sozialen Wohnungsbau führen. Die Stadt Wien lässt daher auch jeweils Evaluierungsstudien durchführen und sorgt für die Verbreitung der gewonnenen Erkenntnisse in der Fachöffentlichkeit.

Sozialwohnungen im Hochhaus?

Bis Ende der 80er Jahre waren in Wien nur wenige Hochhäuser, zumal als Wohngebäude, errichtet worden; außerdem verstanden sich diese eher als hohe Gebäude im Sinne der Wiener Bauordnung - das heißt, Gebäude mit einer Höhe von mehr als 26 Metern - denn als echte Hochhäuser. Mit den Bauten in der Donau-City und an der Alten Donau kam der Durchbruch. Wohnen im Hochhaus wurde plötzlich begehrt, und die Stadt Wien legte im Hochhauskonzept 1994 Rahmenbedingungen hinsichtlich Infrastruktur, Verkehrserschließung und

Stadtbildverträglichkeit fest, die das Hochhaus auch für geförderte Miet- und Eigentumswohnungen öffnete. Binnen weniger Jahre folgten Planungen für Wohnhochhäuser an mehreren markanten Punkten Wiens. Neben den Bauten am Donauufer zählt dazu der Wienerberg an der südlichen Stadteinfahrt.

Wohnen im Industriebau

Brownfield Development spielt angesichts schrumpfender Grundstücksreserven und hoher Erschließungskosten am Stadtrand auch in Wien eine immer wichtigere Rolle. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Nutzung denkmalgeschützter Industriebauten aus dem 19. Jahrhundert zu. Mit der 2001 eröffneten Gasometer-City kann Wien auf diesem Gebiet ein weltweit wohl einzigartiges Wohnungsprojekt vorweisen.

Die vier im Osten Wiens liegenden Gasometer, 1899 als Teil des größten Gaswerks auf dem europäischen Kontinent errichtet, standen seit der Umstellung der Wiener Gasversorgung auf Erdgas im Jahr 1986 leer. Nach umfangreichen Untersuchungen entschloss sich die Stadt, die vier wuchtigen Bauwerke - enorme Ziegelkonstruktionen, die die eigentlichen eisernen Behälter verdeckten - zu einem neuen multifunktionalen Stadtteil umzubauen. Diese Gasometer-City, durch die U-Bahnlinie 3 vom Stadtzentrum aus in wenigen Minuten erreichbar, sollte zudem zum Kern einer völligen Neugestaltung des großen Gewerbegebietes werden. Die Umsetzung wurde drei Bauträgern - zwei davon gemeinnützig - und vier mittels Wettbewerb ermittelten Architekten übertragen. Insgesamt wurden 602, zum Großteil im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus geförderte Wohnungen mit 71.400 m² Nutzfläche errichtet; dazu kommen 250 Wohneinheiten des integrierten Studentenheims. Weitere 47.100 m² Nutzfläche dienen der kommerziellen Nutzung. Grundsätzlich beginnt die Wohnnutzung erst 25 Meter über dem Straßenniveau.

Der Erfolg des Projekts widerspricht den anfänglichen Skeptikern: Innerhalb kurzer Zeit wurden praktisch alle Wohnungen und Geschäftslokale in diesem in jeder Hinsicht ungewöhnlichen Wohnbau vermietet bzw. verkauft - zu Preisen, die denen des übrigen geförderten Wohnungsbaus in Wien entsprechen. Zugleich wurde auf eindrucksvolle Weise dokumentiert, dass zwischen sozialem Wohnungsbau und engagierter Planung durch

internationale Stars der Architektenszene kein Widerspruch bestehen muss.

Resümee

Gesicherte Mittelaufbringung

Die Aufbringung der finanziellen Mittel für den geförderten Wohnungsbau sowohl für geförderte Miet- bzw. Eigentumswohnungen als auch für Eigenheime basiert auf prozentuell fixierten, zum Teil zweckgebundenen Anteilen an der Einkommens-, Lohn- und Körperschaftsteuer und an den Wohnbauförderungsbeiträgen der Beschäftigten, die nach den Regeln des Finanzausgleichs auf die neun Bundesländer aufgeteilt werden. Wien erhält daraus jährlich ca. 450 Millionen Euro für Zwecke des Wohnungsbaues. Trotz diverser Einschnitte in den letzten Jahren stellt diese Finanzierung noch immer eine sichere Grundlage für eine vorausschauende Planung des sozialen Wohnungsbaues im großen Maßstab dar, die in einer rein marktwirtschaftlichen Wohnungspolitik nicht möglich wäre. Die Stadt stellt jedoch insbesondere in Jahren mit hoher Bautätigkeit auf Grund gestiegener Nachfrage zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau aus dem eigenen Budget zur Verfügung.

Gemeinnütziges Wohnen

Zwar verfügt die Stadt Wien als größter Hauseigentümer Österreichs über rund 220.000 eigene Mietwohnungen, doch wird in den letzten Jahren der überwiegende Teil des sozialen Wohnungsbaues über gemeinnützige Wohnungsunternehmen unterschiedlicher Rechtsform abgewickelt. Auch ein Großteil der 130.000 Eigentumswohnungen wurde im Rahmen des geförderten Wohnungsbaues errichtet und unterliegt daher bestimmten Einkommens- bzw. Weitergabebeschränkungen. Gemeinnützige Wohnungsunternehmen sind steuerbegünstigt und müssen dafür Gewinne größtenteils in den Wohnungsbau reinvestieren; Mieten sind klar geregelt - im allgemeinen gilt die sogenannte Kostenmiete zur Abdeckung des Finanzierungsaufwandes, dazu kommen die laufenden Betriebskosten und 10 Prozent Mehrwertsteuer. Für eine geförderte Mietwohnung sind derzeit in Wien monatlich höchstens 3,54 Euro/m² Nettomiete bzw. rund 5 bis 6 Euro/m² an Gesamtmiete zu bezahlen. Bei einkommensschwachen Haushalten kann diese

durch Wohnbeihilfe (Wohngeld) deutlich reduziert werden. Dadurch ist sichergestellt, dass soziale Härtefälle mit Verlust der Wohnung (z.B. durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit) verhindert werden.

Um die Belastung durch Fremdfinanzierung zu reduzieren, verlangen die meisten Wohnbauträger außerdem einen Baukostenzuschuss, der bei Mietwohnungen im allgemeinen höchstens 12,5 Prozent der Gesamtbaukosten beträgt, sowie einen Grundkostenanteil. Diese Eigenmittel sind bei Wohnungsaufgabe verzinst zu refundieren. Einkommensschwache Haushalte können ein Eigenmittlersatzdarlehen des Landes bzw. eine eigenmittelfreie Wohnung erhalten. Für alle geförderten Wohnungen gelten außerdem zum Zeitpunkt des Wohnungsbezugs Einkommensgrenzen, das heißt Bezieher hoher Einkommen sind vom Bezug solcher Wohnungen im allgemeinen ausgeschlossen.

Objekt- und Subjektförderung

Die bundesstaatliche Verfassung erlaubt es dem Bundesland Wien, die Kriterien seiner Wohnbauförderung weitgehend autonom festzulegen. Traditionell überwiegt in Wien die objektseitige Förderung, das heißt die Subvention geht direkt an den Wohnbauträger zur Reduzierung der Finanzierungs- und damit der Verkaufs- bzw. Mietkosten. Meist liegt der Anteil dieser nichtrückzahlbaren Förderung bei 28 Prozent der Gesamtbaukosten. Der Anteil an Subjektförderungen, also Wohngeld direkt an die Mieter, nimmt jedoch zu; auf diese Wohnbeihilfe haben sozial entsprechend bedürftige Haushalte sogar einen Rechtsanspruch.

Reduzierung der Baukosten

Alle geförderten Wohnungsprojekte werden öffentlich ausgeschrieben, wobei die Bestbieter mit den Bauarbeiten zu beauftragen sind. Derzeit liegen die Gesamtbaukosten inkl. Planung bei 1.100 bis 1.300 Euro/m² Wohnnutzfläche, dazu kommen maximal 218 Euro/m² Grundkostenanteil. Bei höheren Grundkosten wird in der Regel aus sozialen Gründen keine Förderung gewährt. Auf Grund des hohen Anteils des geförderten Wohnungsbaues am gesamten Neubauvolumen in Wien (etwa 90 Prozent aller neuen Wohnungen) hat das Land Wien hier einen wichtigen Einfluss auf die Entwicklung der Bodenpreise.

Mehr Sicherheit für Mieter

Obwohl befristete Mieten seit einigen Jahren zulässig sind, verfügt die Mehrheit der Wiener Haushalte über zeitlich unbefristete Mietverträge, die sogar auf im gemeinsamen Haushalt lebende Kinder übertragen werden können. Im sozialen Wohnungsbau werden grundsätzlich unbefristete Verträge vergeben, und den Mietern wurde im Rahmen eines Mietermitbestimmungsstatuts breite Partizipation bei der Verwaltung ihrer Wohnanlagen eingeräumt. Dadurch sind Mieter in Wien auch bereit, relativ hohe Beträge in die Verbesserung ihrer Wohnungen zu investieren, zum Teil auch mit öffentlicher Förderung. Im Falle von Streitigkeiten können Mieter und Hauseigentümer unentgeltlich die Schlichtungsstelle der Stadt Wien anrufen. Deren Spruch ist für beide Teile bindend, kann jedoch gerichtlich angefochten werden. Diese hohe Mietsicherheit mag auch erklären, weshalb in Wien rund 80 Prozent aller Haushalte in Mietwohnungen wohnen.

Durchmischte Nachbarschaften

Um die Bildung von Sozialghettos zu verhindern, werden in Neubauquartieren meist unterschiedliche Rechtsformen gemischt: höher bzw. weniger geförderte Miet- und Eigentumswohnungen sowie ungeforderte (frei finanzierte) Eigentumswohnungen ohne Einkommensbegrenzung. Neue Stadtteile weisen daher im allgemeinen eine gute soziale Durchmischung auf, wobei Infrastruktur und Gemeinschaftseinrichtungen jedoch allen Bewohnern zugute kommen.

Soziale Stadtplanung

Wohnungsbau wird in Wien als Teil einer sozialen Stadtplanung verstanden. Eine eigene Infrastrukturkommission der Stadt prüft die Voraussetzungen für geförderte Wohnbauprojekte und legt die Bedingungen - z.B. einen Kindergarten - im Detail fest. Das Wohnbauprojekt wird dabei als Teil bzw. Ergänzung eines Stadtviertels gesehen, d.h. infrastrukturelle Defizite wie das Fehlen von Schulen oder Gesundheitseinrichtungen sollen auf diesem Weg behoben werden. Ebenso notwendig ist die ausreichende Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Eine wichtige Grundlage für diese Festlegungen ist der Stadtentwicklungsplan, der etwa alle zehn Jahre überarbeitet und vom Gemeinderat beschlossen wird.

Soziale Architektur

Dem wiederholt formulierten Anliegen der Stadt Wien, Stadtentwicklung und Wohnungsbau nicht komplett dem Markt zu überlassen, entsprechen neben der Wohnbauförderung vor allem die Vorgaben der Wiener Bauordnung, einem Wiener Landesgesetz. Diese regelt im ersten Abschnitt Fragen der Stadtplanung wie die Einsetzung des interdisziplinär besetzten Fachbeirats für Stadtplanung und Stadtgestaltung sowie Erstellung und Inhalt der Flächenwidmungs- und Bebauungspläne. Andere Teile der Bauordnung regeln im Detail formelle und technische Erfordernisse von Bauprojekten wie Schutz der Gesundheit, Zugänglichkeit für Behinderte usw., aber auch die architektonische Gestaltung. Letztere soll eine Störung des Stadtbildes vermeiden, ohne jedoch moderne Architektur, selbst in sogenannten Schutzzonen, zu verhindern.

Information und öffentliche Diskussion

Die Weiterentwicklung des Wohnungsbaues in Wien in städtebaulicher, architektonischer, ökologischer und nicht zuletzt sozialer Hinsicht kann nur durch breite Diskussion in der (Fach-)Öffentlichkeit und durch kontinuierliche Information erfolgen. Dazu dienen u.a.

Fachpublikationen und -veranstaltungen. Weiters sollen die Kunden des sozialen Wohnungsbaues, also (potentielle) Wohnungssuchende, umfassend und unbürokratisch informiert werden. Zu diesem Zweck gründete die Stadt die Wohnservice Wien, die in ihrem zentralen Lokal, aber auch über Internet Informationen zu sämtlichen fertiggestellten bzw. geplanten geförderten Wohnbauprojekten bietet.

Sozialer Wohnungsbau in Wien stellt sich somit als ein vielfältiges, jahrzehntelang kontinuierlich weiterentwickeltes und an neue Herausforderungen adaptiertes System dar. Dessen Komplexität darf jedoch das eigentliche Ziel nicht vergessen lassen: zeitgemäße Wohnungen in einer attraktiven städtischen Umgebung für alle Bevölkerungsschichten anzubieten.

Wolfgang Förster

Der Autor ist Mitarbeiter der Wohnbauförderungsabteilung (MA 50) und Leiter des Referats Abteilung Wohnbauforschung / Internationale Beziehungen des Magistrats der Stadt Wien.



Prekarisierung des urbanen Lebensraums

Sozialer Wohnbau in Wien

Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die Wohnsituation der Unterschichten von privaten Mietshäusern bestimmt. Zur Linderung der damit verbundenen Wohnungsnot wurden um die Jahrhundertwende erste Stiftungen errichtet. Erst nach dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie entwickelte sich aus Selbsthilfeorganisationen die von der Gemeinde Wien geförderte „Siedlerbewegung“ (Siedlung am Heuberg 1921-24, Werkbundsiedlung 1930-32).

Diese wurde bald von der stark politisch akzentuierten Errichtung von Großwohnanlagen („Superblock“) übertroffen, durch die bis 1934 rund 65.000 neue Wohnungen geschaffen wurden. Ermöglicht wurde dieses Programm durch die sozialdemokratisch regierte Gemeinde Wien (Mietenschutzgesetz 1922, neue Wohn-

bausteuer 1923, Ankauf von großen zusammenhängenden Grundstücken am Stadtrand). Charakteristisch für die riesigen Wohnhöfe sind die expressive Gestik in der Architektur und gemeinschaftliche Sozialeinrichtungen, wie Waschküchen, Kindergärten, Bibliotheken (George-Washington-Hof 1927-30, Karl-Marx-Hof 1926-30).

Mit der aus Ziegelschuttbeton errichteten Per-Albin-Hansson-Siedlung-West (1947) nahm die Gemeinde Wien ihre Wohnbautätigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg wieder auf. Begründet durch die Baugrundknappheit ging man bald zu hohen Wohnblöcken vorwiegend in Zeilenanordnung über. Eine über die reine Funktionalität hinausgehende Ausgestaltung stand zunächst gegenüber dem Ziel der Schaffung von möglichst viel

Wohnraum im Hintergrund. Zwischen 1951 und 1970 wurden ca. 96.000 Wohneinheiten geschaffen, zuerst in konventioneller, später in Fertigteilbauweise (Großfeldsiedlung ab 1965). Schon damals gab es aber Kritik am Konzept der Trabanten- bzw. Schlafstädte. Gerade die Großfeldsiedlung gilt für viele als Negativbeispiel, wegen des Fehlens von nahegelegenen Arbeitsplätzen und dem Mangel an Infrastruktur, z.B. was Kindergärten- und Schulplätze und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung betrifft.

Ab den 70er Jahren kam es zu einem gehobenen Qualitätsbewusstsein. Die Konzeption, die dem Wohnpark Alt-Erlaa (Baubeginn 1973, rund 3.000 Wohnungen in bis zu 26-geschoßigen Hochhäusern) zugrunde lag und die Mitte der achtziger Jahre unter dem Schlagwort „vollwertiges Wohnen“ (zurückgehend auf den Soziologen Ernst Gehmacher und den Architekten Harry Glück) weite Verbreitung fand, ist nicht unumstritten. Sie wurde einerseits kritisch als sozialer Wohnbau für die obere Mittelschicht bezeichnet, andererseits ergaben Umfragen unter den Bewohnern eine hohe Wohnzufriedenheit.

In den 80er Jahren kam es zu einer weitgehenden Liberalisierung der Mietzinsbildung für neu vermietete Altbauwohnungen, was einerseits zu umfangreichen privaten Investitionen in den Althausbestand führte und das Wohnungsangebot für entsprechend zahlungskräftige Nachfrager ausweitete, andererseits verschwanden die bis dahin billigen Wohnungen (sogenannte Kategorie D-Wohnungen mit WC am Gang), die für die zahlungsschwächsten Wohnungssuchenden zur Verfügung gestanden waren.

Auch in den Jahren um 1990 stiegen die Preise für neu vermietete Wohnungen in Wien rasant an. Die tendenzielle Vermarktlichung des Wohnungssektors (sowohl des sozialen Wohnbaus als auch der privaten Wohnungswirtschaft) bei gleichzeitiger Beibehaltung relativ umfangreicher staatlicher Förderungen für das Wohnungswesen hat somit die wohlfahrtsökonomisch absehbare Entwicklung mit sich gebracht, dass heute in Wien mehr und bessere Wohnungen zur Verfügung stehen als je zuvor, sich gleichzeitig aber ein akuter Fehlbestand an billigen Wohnungen für Wohnungssuchende mit kleinem Budget ergeben hat.

Problemzonen

Als Folgeerscheinung drohen erhöhte Obdachlosigkeit sowie Verslumungstendenzen in einigen Stadtteilen, wie z.B. in Gürtelnähe, die als letzte erschwingliche Wohngegenden für zahlungsschwache Mieter übrigbleiben. Dieses Phänomen betrifft in erster Linie einen Personenkreis, der vom sozialen Wohnbau ausgeschlossen ist, also nicht zuletzt schlecht entlohnte ausländische Arbeitnehmer und ihre Angehörigen.

Dieser Entwicklung versucht man im Rahmen des URBAN Gürtel-Plus Programmes gegenzusteuern, das mit Hilfe von EU-Geldern finanziert wird (siehe Kasten). Ziel des sozialen Wohnbaus in Wien ist die funktionale und soziale Durchmischung. Es wird versucht, verschiedene Formen des Wohnens zu mischen (Miete, Eigentum, verschiedene Förderungs- und Finanzierungsformen) und eine möglichst konfliktfreie unterschiedliche Nutzung von Wohnen und Arbeiten herbeizuführen. Weiters sollen die Wohngebiete durch zusätzliche Angebote zur Freizeitgestaltung sowie eine entsprechende Infrastruktur bereichert werden.

Statt großflächigem Abbruch der Gründerzeitviertel wird im Rahmen der sog. „Sanften Stadterneuerung“ die Sanierung der Häuser bei gleichzeitigem Anheben des Standards der Wohnungen gefördert. Dabei wird das Ziel verfolgt, dass die BewohnerInnen in ihren Wohnungen verbleiben können und sich auch nach der Sanierung die Wohnungen noch leisten können. Durch die Förderung der Wohnhaussanierung wird die Verdrängung sozial Schwacher und damit eine stärkere soziale Segregation durch höhere Mieten vermieden und damit ein wesentlicher Beitrag zur sozialen Durchmischung der Stadt geleistet.

Resümee

Der soziale Wohnbau trug dazu bei, Wien vor einer Bildung von Slums oder Ghettos zu bewahren, die heute etliche Stadtteile europäischer Großstädte charakterisieren. Neben der Neubautätigkeit trug dazu auch das in Wien entwickelte Modell der sanften Stadterneuerung bei.

Generell stößt jedoch die Politik, Wohnbau als ein Mittel des sozialen Ausgleichs einzusetzen, zunehmend an

ihre Grenzen. Die Mehrzahl der BewohnerInnen von Gemeindebauten ist heute dem Mittelstand zuzurechnen, was einige Beobachter von einer Subventionierung des Mittelstandes sprechen lässt und übrigens ein europaweit anzutreffendes Merkmal des Sozialwohnbaus ist. Während der Mittelschicht durch den sozialen Wohnbau gute und erschwingliche Wohnungen geboten werden können, wird es immer schwieriger, mit diesem Instrumentarium auch den Bedürfnissen der wachsenden Zahl der weniger Wohlhabenden gerecht zu werden. Der enorme Preisauftrieb am Wiener Immobilien-

markt Ende der achtziger Jahre bewirkte, dass sich vor allem Schlechterverdienende die steigenden Mieten nicht mehr leisten konnten.

Brigitte Mitterndorfer

Literatur

Eigner, Peter / Matis, Herbert / Resch, Andreas, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme, in: Jahrbuch des Vereins für die Geschichte der Stadt Wien 1999, hg. vom Verein für Geschichte der Stadt Wien, Wien 1999, S. 49-100

Stadtentwicklung in Wien

In Wien stellt sich die Situation verglichen mit anderen europäischen Großstädten etwas anders dar: Die sozial-räumliche Problematik ist nicht so intensiv und offensichtlich. Aber es gibt auch in Wien Stadtviertel, in denen die Probleme der Konzentration benachteiligter Bevölkerungsschichten offensichtlich sind. Z.B wurde da Gebiet um den Westgürtel gemäß dem EU-Standard als ein wirtschaftlich, sozial und städtebaulich problematisches Gebiet betrachtet und mit dem **EU-Projekt URBAN Wien Gürtel Plus** im Bereich Stadtentwicklung gefördert (mehr Information dazu auf der Homepage der Stadt Wien unter: <http://www.wien.gv.at>).

Das **Grätzelmanagement** ist ein Projekt im Rahmen der EU-Ziel-2-Förderung mit dem Ziel, die Lebens-, Wirtschafts- und Umweltsituation im Viertel dauerhaft zu verbessern und zu stabilisieren. Zum Beispiel im zweiten Bezirk, Leopoldstadt, im Volkert- und im Alliiertenviertel, oder im 20. Bezirk, Brigittenau, im Viertel um den Wallensteinplatz.

Vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner solcher Stadtviertel sollen mit dem Grätzel-Management besser in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Als geeigneter Weg hierzu erscheint vor allem die Entwicklung der vorhandenen (Human-)Ressourcen, um die jeweiligen BewohnerInnen und sozialen Gruppen wie auch das Grätzel insgesamt zu stärken und es gemeinsam mit den Menschen vor Ort weiterzuentwickeln. In diesen Prozess sollten alle Teile der Bevölkerung, die ortsansässigen Gewerbetreibenden ebenso wie die BewohnerInnen, die WohnungseigentümerInnen, vor Ort tätige Institutionen, die Bezirksverwaltung, Vereine sowie andere lokal relevante Gruppen einbezogen werden. Dies kann über den Weg der Einbindung in Entscheidungen über das Umfeld und über die Eröffnung neuer Chancen für Initiativen und Projekte erfolgen.

Literatur zum Pilotprogramm „Grätzel-Management Wien“:

Jens S. Dangschat: Konzeptpapier A – Programmebene. Das Grätzel-Management – eine Idee zur Verwaltungsmodernisierung und zu einer modernen großstädtischen Sozialpolitik

Andrea Breidfuss & Jens S. Dangschat: Konzeptpapier B - Projektebene. Projekte in Wien-Leopoldstadt „Nordbahnviertel“ und „Stuwerviertel“

Die beiden Papiere sind als Anregung zur Einrichtung eines Stadtteilmanagements für Wien entstanden. Sie dienten als Grundlage für die Diskussion in Wien und das „Pilotprojekt Grätzelmanagement“ im 2. und im 20. Wiener Gemeindebezirk. Trägerinnen des Projekts sind die Gebietsbetreuungen Leopoldstadt und Brigittenau.

Sozialer Wohnbau in Salzburg nach 1945

In Salzburg gelang es, die Wohnungsnot nach dem Krieg mit massiven Investitionen in den sozialen Wohnbau zu beseitigen. Später wurden auch die Schattenseiten der ungebremsen Baueuphorie sichtbar.

Die Geschichte des Sozialen Wohnbaus in Österreich ist relativ kurz. Bis weit ins 20. Jahrhundert hinein beschränkte sich die staatliche Wohnungspolitik im Wesentlichen auf die Vorgabe von formalen Rahmenbedingungen wie Bauordnungen, Bereitstellung von Infrastruktur oder gesundheitspolitische Maßnahmen. Zur Ausbildung des Sozialen Wohnbaus im Sinne einer umfassenden Intervention der öffentlichen Hand in das System der Wohnungsversorgung kam es in der Zwischenkriegszeit, als der Handlungszwang zur Behebung der ärgsten Missstände im Wohnungswesen übermächtig wurde. Aber erst nach 1945 wurden jene ideologischen Gegensätze überwunden, welche die wohnungspolitische Diskussion bis zu diesem Zeitpunkt vergiftet hatten. Entscheidend für das gemeinsame Engagement aller politischen Parteien bei der Ausgestaltung des Sozialen Wohnbaus waren die Wohnungsnot der Nachkriegszeit und die konjunkturellen Impulse, die vom Wohnbau ausgingen.

Wohnungsnot nach dem Krieg

Nichts desto trotz galt Salzburg bis in die 60er-Jahre als „Hauptstadt der Wohnungsnot“. Die Zuweisung von 400 bis 500 Wohnungen (1950/51) durch das städtische Wohnungsamt war angesichts von 10.000 Wohnungssuchenden der sprichwörtliche Tropfen auf dem heißen Stein. Nicht weniger als 14 Prozent aller Wohnungen wurden überdies als Notbehausungen eingestuft. Zahlreiche Wohnungssuchende waren Flüchtlinge, die in Baracken der Stadtgemeinde, der Eisenbahn oder in Lagern und Behelfsheimen logierten. Erst die Umsetzung des Wiederaufbau- wie auch das Wohnungseigentumsgesetzes aus dem Jahr 1948 revolutionierte in Verbindung mit verschiedenen Förderprogrammen von Bund, Land und Kommune das gesamte Wohnbauwesen. Anfang der 50er-Jahre begann auch in Salzburg die Ära des Sozialen Wohnbaus, in der sich Stadt und Stadtlandschaft mehr verändern sollten als in allen früheren Phasen der Stadtentwicklung zusammen.

Der Anteil der geförderten Wohnungen an der Zahl aller fertiggestellten stieg in Salzburg zwischen 1950 und

1959 von null auf beinahe 100 Prozent. Obwohl der geförderte Wohnbau ständig expandierte, ging die Zahl der Wohnungssuchenden bis 1961 vor allem in der Stadt Salzburg kaum zurück. Zwar wurde der objektive Wohnungsfehlbestand jährlich geringer. Der kontinuierliche wirtschaftliche Aufschwung verstärkte zugleich jedoch die Tendenz zur Verbesserung der individuellen Wohnsituation über die bloße Bedarfsdeckung hinaus. Der Nachholbedarf war überaus groß: Immerhin bestanden 1951 noch 48 Prozent aller Wohnungen aus Zimmer und Küche. Hinzu kam, dass die Übersiedelung der zahlreichen Bewohner von Notbehausungen in feste Quartiere vorerst nur schleppend voran ging. Wie langsam sich dieser Zustand änderte, zeigt eine Erhebung im Jahr 1959, in der 6.794 Barackenbewohner gezählt wurden – darunter 59 Familien mit vier und mehr Kindern, die jeweils weniger als 40 m² Wohnfläche zur Verfügung hatten. Erst 1962 wurde das letzte große Barackenlager an der Alpenstraße aufgelöst.

Bauboom in den 60er-Jahren

Die Erwartungen der meisten Wohnungssuchenden konzentrierten sich auf den Bau geförderter Neubauwohnungen, die ihre Bewohner mit damals noch keineswegs alltäglichem Komfort wie Badezimmer, Zentralheizung, Einbauküche etc. verwöhnten. Wohnen im Hochhaus mit Lift galt Anfang der 60er-Jahre als modern und daher erstrebenswert. Ganze Stadtviertel wurden innerhalb weniger Jahre aus dem Boden gestampft. Beispiele dafür sind vor allem die „Volkssiedlung“ Taxham sowie die rasche Verbauung weiter Teile von Lehen. Auch außerhalb der Landeshauptstadt kam es zum Bau von Großsiedlungen – z.B. die Rehhofsiedlung in Hallein, die der Wohnungsnot in der zweitgrößten Stadt Salzburgs abhelfen sollte. Durch den Abzug der amerikanischen Besatzungsmacht 1955 kam es ebenfalls zu einer spürbaren Entspannung auf dem Wohnungsmarkt. 906 teils beschlagnahmte, größtenteils aber für die Familien amerikanischer Militärangehöriger neuerbaute Wohnungen wurden nun mit einem Schlag für den heimischen Bedarf frei und gelangten vor allem an Bundesbedienstete zur Vergabe.

Ins Gewicht fielen das „Camp Roeder“ in Wals-Siezenheim mit mehr als 400 Wohneinheiten sowie die Militärwohnanlage in Lehen (General-Keyes-Straße) mit ca. 270 qualitativ hochwertigen Wohnungen.

Träger des Baubooms waren in erster Linie die gemeinnützigen Wohn- und Siedlungsgenossenschaften, die den privaten Wohnbau aus seiner bis dahin führenden Position verdrängten. 1964 verschmolzen die „Salzburger Wohnsiedlungsgenossenschaft“ und die „Neue Heimat“ zur „Gemeinnützigen Salzburger Wohnbaugesellschaft“ – kurz: GSWB. Damit schufen Stadt und Land die mit Abstand leistungsstärkste Salzburger gemeinnützige Bauvereinigung. Über die Notwendigkeit des Sozialen Wohnbaus bestand ein grundsätzlicher politischer Konsens. Umstritten war jedoch, ob es sich dabei vorrangig um die Errichtung von Eigentums- oder von Mietwohnungen handeln sollte.

Einfluss der Politik

Die Eigenart des Fördersystems und der anhaltende Wohnungsbedarf bedingten eine weitgehende „Verpolitisierung“ des Wohnbauwesens. Äußeres Kennzeichen war die wechselseitige personelle Verflechtung von bauwirtschaftlicher, baugenossenschaftlicher und politischer Ebene: Spitzenpolitiker von Stadt und Land saßen in den Aufsichtsräten der Bauvereinigungen, Vertreter von Bauwirtschaft und Genossenschaften wirkten in politischen Funktionen. Tatsächlich beherrschte seit dem Ende der 1950er Jahre, als der soziale Wohnbau zu seinem Höhenflug ansetzte, ein kleiner Kreis von Politik- und Wirtschaftsfunktionären das Baugeschehen in der Landeshauptstadt: Sparkassendirektor Bäck als Bürgermeister, der Direktor der „Neuen Heimat“ Anton Fellingner als SPÖ-Klubobmann, der Wohnbauunternehmer Hans Zyla als ÖVP-Stadtparteiobmann und Landtagspräsident (1965-1969), der Bauunternehmer Alois Reinthaller als ÖVP-Klubobmann und Bezirksobmann des Wirtschaftsbundes sowie der Baustoffgroßhändler Franz Rothschild als FPÖ-Klubobmann. Es gab „schwarze“ und „rote“ Genossenschaften und Gesellschaften, in einigen herrschte der Proporz. Häufig spielten politische Gesichtspunkte auch bei der Vergabe der Wohnungen eine maßgebliche Rolle.

Nur sensible Beobachter registrierten die Schattenseiten der ungehemmten Baueuphorie. Solange die Behe-

bung der Wohnungsnot das Gesetz des Handelns bestimmte, gelang es den wenigen Kritikern nur ausnahmsweise, sich Gehör zu verschaffen. Im übrigen wurde die rasche und weitgehend planlose Zerstörung großer Teile der Salzburger Stadtlandschaft als unabwendbares Schicksal zur Kenntnis genommen. Gegen ein Verbauen von „Salzburg Süd“ sowie den Bau von Schnellstraßen durch dicht besiedelte Wohngebiete wandte sich vor allem die Bürgerinitiative „Schützt Salzburgs Landschaft“. Ab Mitte der 70er-Jahre zeichneten sich im städtischen Wohnbau jedoch einschneidende Veränderungen ab. Während die Zahl der geförderten Wohnungen auf Landesebene insgesamt stieg, setzte in der Landeshauptstadt Salzburg, der Domäne der gemeinnützigen Bauvereinigungen, eine rückläufige Bewegung ein: Der Anteil der frei finanzierten Wohnungen am gesamten Bauvolumen nahm kontinuierlich zu, die Zahl der geförderten Wohnungen sank dagegen binnen weniger Jahre wieder auf das Niveau der frühen 1950er-Jahre. Schwindende Baulandreserven und zunehmende Skrupel der Politiker bei der Umwidmung von Grünland in Bauland engten den Handlungsspielraum im Sozialen Wohnbau zunehmend ein. Der Wille zum politischen Konsens in Wohnbaufragen schwand angesichts der allgemeinen Kritik an der bisherigen Praxis des sozialen Wohnbaus dahin. Dazu kamen aufsehenerregende Betrugsskandale im Bereich der Bauwirtschaft („Gartensiedlung“, WEB).

Die Wohnungsfrage blieb in der Folge weitgehend ungelöst. Der nach wie vor große Wohnungsbedarf, überproportional steigende Baukosten, geringe Baulandreserven und explodierende Grundkosten standen einer Problemlösung in den 70er- und 80er-Jahren mehr denn je im Wege. Allein von 1976 bis 1977 explodierten die Kosten für den Quadratmeter geförderten Wohnraums um 57 Prozent. Während der 80er-Jahre setzte sich dieser Trend in noch verstärktem Ausmaß fort und spitzte sich mangels geeigneter wohnungspolitischer Maßnahmen zu Beginn der 90er-Jahre noch zu: Während die Fördertöpfe des Landes prall gefüllt waren, scheiterte ein Großteil der kommunalen Wohnprojekte, sodass 1993 die Wohnbautätigkeit in der Landeshauptstadt mit nur 469 fertiggestellten Wohnungen einen historischen Tiefstand erreichte, der allerdings in den Folgejahren von wieder steigenden Zahlen abgelöst wurde. Grundsätzlich verlagerte sich die hauptsächliche Bautätigkeit der gemeinnützigen Wohnbauträger aber

seit den 1980er Jahren von der Landeshauptstadt in die Umlandgemeinden des Flach- und Tennengaus, wo niedrigere Baulandpreise noch am ehesten die Errichtung familiengerechter Wohnungen ermöglichten.

Gewinnorientierte Wohnbaugesellschaften im Vormarsch

Neue Rahmenrichtlinien für den Sozialen Wohnbau schuf das Salzburger Wohnbauförderungsgesetz 1990 (LGBl. 1990/1). Immerhin gelang dadurch eine Belebung des seit der Mitte der 1980er Jahre stagnierenden Wohnbaus. War die Zahl der fertiggestellten Wohnungen im Bundesland Salzburg im Jahr 1987 auf den tiefsten Stand seit 1962 abgesunken, so erfolgte im Zeit-

raum von 1991 bis 1996 beinahe eine Verdoppelung des Bauvolumens. Der forcierte Übergang von der Objekt- zur Subjektförderung hatte jedoch zur Folge, dass nunmehr gewinnorientierte private Wohnbaugesellschaften die gemeinnützigen Bauvereinigungen – zumindest vorübergehend – aus ihrer bis dahin beherrschenden Position im Sozialen Wohnbau verdrängten.

Robert Hoffmann

Überarbeitete Fassung eines Beitrags für die Salzburger Nachrichten vom 27.9.2003. Der Autor ist Professor für Geschichte am Fachbereich Geschichts- und Politikwissenschaft der Universität Salzburg.

Gemeinwesenarbeit in der solarCity-Pichling

Welche Rolle und Funktion Gemeinwesenarbeit (GWA) im Rahmen der Stadtteilentwicklung einnehmen kann, wird im vorliegenden Artikel anhand der Tätigkeit des Stadtteilbüros in der solarCity-Pichling im Süden von Linz dargestellt.

Im Jahre 1990 hat der Linzer Gemeinderat beschlossen, aus ökologischen Gründen die Niedrigenergiebauweise auch im sozialen Wohnbau zu etablieren. Zum damaligen Zeitpunkt ging man von 12.000 Wohnungssuchenden im Zentralraum Linz aus. Geplant wurde ein Wohnviertel am Rande der Stadt mit entsprechender Infrastruktur. Unterschiedliche Rechtsformen (Eigentum - Mietkauf - Miete) sollten eine soziale Durchmischung gewährleisten.

Der Wohnbund Salzburg (Dr. Raimund Gutmann) wurde beauftragt, ein Rahmenkonzept für eine zukunftsorientierte soziokulturelle Quartiers- und Stadtteilinfrastruktur zu planen. Derzeit hält man bei 1.300 Wohnungen, die von zwölf Wohnbauträgern errichtet werden, dazu kommen ein Nahversorgungszentrum, ein Volkshaus mit Seminarräumen, einem Seniorenclub, einer Bibliothek und Volkshochschul-Räumlichkeiten, sowie Gastronomiebetriebe, Gesundheits- und soziale Einrichtungen, ein Kindergarten, eine Schule und ausreichend Grünflächen mit Spielbereichen. Den nahegelegenen Weikerlsee adaptierte man als eigenen Badesee für die BewohnerInnen, weiters wird ein Landschaftspark mit altersadäquaten Spielmöglichkeiten gestaltet. Die angrenzenden Traun-Donau-Auen sind

gleichfalls ein attraktives Naherholungsgebiet, das bereits unter Naturschutz gestellt wurde. Die Erschließung und Verkehrsanbindung erfolgte nicht nur durch den Ausbau der Straßen, sondern auch durch eine eigene Buslinie. Die Straßenbahnstrecke wird bis 2005 bis zur solarCity erweitert und mit einer Anbindung an die Westbahn verknüpft.

Interdisziplinäres Team

Da der Sozialbereich nur ein Teilsegment ganzheitlicher Stadtteilarbeit darstellt, wurde ein Pilotprojekt gestartet und ein interdisziplinäres Team eingesetzt. Dieses setzt sich aus Herrn Reinthaler von der Baudirektion des Magistrates Linz, der bereits 1996 mit der Projektkoordination betraut wurde, und der Verfasserin dieses Artikels zusammen, die für das Amt für Jugend und Familie tätig ist, das die Aufgabe übernommen hat, nachdem bereits im Stadtteil Franckviertel seit zwei Jahren mit dem methodischen Ansatz der GWA gearbeitet wird, auch im Stadtteil Pichling Gemeinwesenarbeit zu leisten.

Auch in der Finanzierung wurden neue Wege beschritten, indem die zwölf Wohnbauträger mittels eines Mit-

finanzierungskonzeptes in die Gemeinwesenarbeit mit einbezogen wurden. Als Modell für die Linzer Stadtentwicklung wäre es wünschenswert, auch eine geschäftsgruppenübergreifende Finanzierung und Kooperation herbeizuführen. Derzeit steht ein Gesamtstundenkontingent von 30 Stunden Gemeinwesenarbeit zur Verfügung. Das eingesetzte Team soll nun einen reibungslosen Ablauf der bau- und verkehrstechnischen Belange gewährleisten sowie die BewohnerInnen des Stadtteils Pichling dabei unterstützen, sich in ihrem neuen Wohnumfeld einzuleben bzw. mit den Veränderungen - Pichling war zuvor eine reine Einfamilienhaus-Streusiedlung - umzugehen.

Die Interessen und Bedürfnisse der Menschen im Stadtteil sind für das Team handlungsleitend. Unter dem Motto: „Wohlfühlen durch Mitgestalten“ sollen die Eigenkräfte der Wohnbevölkerung aktiviert werden. Dabei ist die Aktivierung vielschichtig und kann von der Förderung von Selbsthilfeaktivitäten über kulturelle Aktivitäten bis hin zu politischem Engagement reichen. Das Stadtteilbüro wurde als zentrale Anlaufstelle im Zentrum installiert und fungiert als Drehscheibe für unterschiedliche Anliegen und Ideen. Ziel ist es, eine Kommunikationskultur und tragfähige Beziehungen zwischen den BewohnerInnen, der Verwaltung und der Politik aufzubauen. Der Aufbau eines sozialen Netzwerkes im Stadtteil ermöglicht es, niederschwellige Beratungs-, lebenslagenorientierte Bildungs- und Beteiligungsangebote zu schaffen, z.B. in Form einer Medien- und einer Musikwerkstatt, von Sprachkursen, erlebnispädagogischen Projekten usw. Mit den Methoden der Gemeinwesenbeobachtung, der „aktivierenden Befragung“, der „aufsuchenden Gemeinwesenarbeit“ und der Mediation bzw. Vermittlung werden diese Ziele umgesetzt. Erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten hierfür sind:

- * Geschick im Aufbau von Beziehungen und tragfähigen Kommunikationsstrukturen
- * Konfliktlösungspotential
- * fachliches Know-how über Stadtplanung und Gemeinwesenarbeit
- * fachspezifisches Wissen im Bereich Bau- und Verkehrstechnik
- * inhaltliches Wissen über Planung und Verlauf der Bauetappen

Laufende Aktivitäten

Im Vordergrund stehen derzeit Anliegen bezüglich der geplanten Spiel- und Freizeitanlagen im Stadtteil und möglicher Treffpunkte von Jugendlichen, Anfragen in Bezug auf die wirtschaftliche und medizinische Infrastruktur (Geschäftslokale, Ärztezentrum, Bibliothek, Nutzung des Volkshauses) und verkehrsplanerische und bautechnische Informationen (Straßenbau, Wegführung, Fertigstellungstermine von Bauabschnitten, Lärmschutzmaßnahmen, Staubeentwicklung u.v.m.). Viele BewohnerInnen haben das Stadtteilbüro bisher als Anlaufstelle genutzt, um derartige Informationen einzuholen, Ideen im sozialen Bereich mit uns zu diskutieren und/oder unsere Vermittlerrolle in Anspruch zu nehmen. Einige BewohnerInnen wandten sich auch mit konkreten Ideen an das Stadtteilbüro und sind bereit, diese mit unserer Unterstützung umzusetzen. Vorgeschlagen wurden z.B. die Gründung eines Kulturvereins oder Fotoklubs, die Einrichtung eines Informationsstands, eines Mietertreffs sowie einer Jugend- und einer Spielgruppe. Weiters wurde das „Netzwerk Pichling“ gegründet. Die TeilnehmerInnen kommen aus den verschiedensten Tätigkeitsfeldern, dem Schulbereich, Kinderbetreuungseinrichtungen, dem Eltern-Kind-Zentrum, Jugendeinrichtungen, dem kirchlichen Bereich, aus der Wirtschaft, dem Gesundheitsbereich sowie der öffentlichen Verwaltung.

Eine Bürgerinformationsveranstaltung zum Thema Freiraum- und Spielplatzgestaltung im Landschaftspark der solarCity Pichling fand großen Anklang. Anlässlich der Eröffnung des Infrastrukturzentrums gestalteten wir einen historischen Rückblick auf das Gebiet von Pichling und versuchten, die Geschichte der neuen Wohnumgebung den BewohnerInnen näherzubringen und so einen Identitätsfindungsprozess einzuleiten. Dazu wurden auch langjährige BewohnerInnen befragt und gefilmt, die über das „Pichling von früher“ erzählten.

Die aktuellen Daten über das Projekt sowie Informationen zu den Veranstaltungen in der „Sonnenstadt“ kann man über die neue gestaltete Homepage abrufen (www.linz.at/solarcity). Gegenwärtig planen wir eine aktivierende Befragung zu aktuellen Problemen im Wohngebiet.

Petra Resch



SolarCity in Linz-Pichling. Foto: Pertlwieser, BMLV GZS 90986/28-RechtB/2003

Lobbyarbeit für die Gemeinwesenarbeit

Die Gemeinwesenarbeit des Magistrats Linz war Mitbegründerin des GWA-Forums OÖ, eines Forums zum theoretischen Austausch und der Diskussion von Erfahrungswerten im Bereich Gemeinwesenarbeit. Die Teilnahme an Fachtagungen und Exkursionen ermöglicht einen qualitativen Erfahrungsaustausch und dient dazu, die Kooperation von Gemeinwesenprojekten in Österreich zu intensivieren. Es ist uns auch gelungen, eine bundesweite GWA-Vernetzung zu installieren. Zwei Treffen wurden bislang ausgerichtet.

Unsere Adresse:

Stadtteilbüro SCP, Heliosallee 84; Tel.: 0664/7807709 oder 320071/30
e-mail: petra.resch@mag.linz.at bzw. ewald.reinthal@mag.linz.at

Gegen die Unwirtlichkeit der Städte

Bauprojekte bestehen nicht nur aus Material, Statik und Finanzierung. So lautet das Credo von Vertretern des relativ jungen Fachs der Architekturpsychologie. Die soziale Verträglichkeit von Bauten und deren Umfeld steht für Architekturpsychologen im Mittelpunkt des Interesses.

Im Jahr 1954 wurde in St. Louis (USA) der Wohnkomplex „Pruitt Igoe“ errichtet, um Wohnraum für sozial schwächere Familien zu schaffen. Die in bester Absicht geplante Anlage verwandelte sich innerhalb weniger Jahre in ein Ghetto, in dem nur noch wenige Menschen

zu wohnen bereit waren. Die architektonischen Merkmale der Siedlung – enge Gänge, abwaschbare Wände, kaum Orte für soziale Begegnungen zwischen den Bewohnern – provozierten offenbar genau das Verhalten, das sie eigentlich verhindern sollten: Vandalismus und

Kriminalität waren an der Tagesordnung, Müll stapelte sich in und vor den Gebäuden. Niemand konnte sich so recht mit den sterilen Bauten identifizieren, immer mehr Mieter zogen aus. Schon 1972 wurde der gesamte Komplex wieder gesprengt. Das Projekt war gescheitert, weil die Planer an den Bedürfnissen der Bewohner vorbeigeplant hatten.

Der Start mehrerer Forschungsprogramme mit architekturpsychologischem Schwerpunkt, Konferenzen und Kongresse und die Gründung diverser Fachzeitschriften und -gesellschaften in den USA und Europa Mitte der 60er-Jahre markieren den Beginn der Architekturpsychologie als eigenständiges Fachgebiet. Eben um diese Zeit formulierte der deutsche Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich als einer der ersten seine Kritik an der „Unwirtlichkeit unserer Städte“. Er zielte damit vor allem auf die nach dem Krieg in großer Zahl entstandenen Wohnsiedlungen, die von ihren Erbauern als Inbegriff von Modernität gepriesen, von ihm jedoch als kalt, abweisend und unmenschlich kritisiert wurden. Thematisiert wurde von Mitscherlich unter anderem die subtile Machtausübung durch architektonische Planung: Gebäude sollten in erster Linie ihren Nutzern dienen, sie vor Hitze, Kälte, Regen, Lärm schützen, neugierige Blicke von Fremden abwehren, aber auch eine Heimat, einen Bezugspunkt, letztlich Identität bieten. Allzu oft aber wirkt die bauliche Umgebung eher einschränkend, ja bedrückend – wenn Kinder in Betonwüsten spielen müssen, wenn Arbeitsräume schlecht klimatisiert, eng und dunkel sind, wenn sozialer Austausch zwischen Arbeitskollegen in Ermangelung eines Aufenthaltsraumes nur auf dem Flur möglich ist. Architekturpsychologen fordern daher eine stärker an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte Architektur, die die Handlungsmöglichkeiten der Menschen fördert, anstatt sie zu begrenzen.

Social Design

War noch bis in die 70er Jahre hinein in der Architekturausbildung die Vorstellung vom architektonischen Entwurf als intuitiv-kreativer Schöpfungsleistung, die vor allem künstlerischen Gesichtspunkten genügen sollte, vorherrschend, so begann sich nun eine nüchterere Sichtweise durchzusetzen, die das Bauen als eine Art Problemlösungsprozess ansah. Gebäude wurden jetzt eher als Gebrauchsgegenstände betrachtet, die im

Hinblick auf verschiedene Forderungen seitens der Nutzer eine zufriedenstellende Antwort geben sollten. Nicht zuletzt Studierende der Architektur wollten im Studium mehr als bisher über psychologische und soziologische Anforderungen an das Planungshandeln des Architekten erfahren. An die Stelle des früheren „formalistic design“ sollte – in den Worten des amerikanischen Sozialpsychologen Robert Sommer – eine neue Philosophie des „social design“ treten. Man fragte nun die betroffenen Bewohner selbst, was als „Partizipation im Planungsprozess“ und „nutzerorientierte Programm-entwicklung“ bezeichnet wurde.

Ob eine stärkere Orientierung an den Vorstellungen der Betroffenen wirklich sinnvoll ist, ist allerdings bis heute umstritten. Befürworter weisen darauf hin, dass die Nutzer die Experten für das Funktionieren von Gebäuden seien, und fordern einen „herrschaftsfreien Dialog“ zwischen Bauherr, Architekt und Nutzer. Gegner vertreten die Position, dass Laien nicht in der Lage seien, die Qualität von Entwürfen angemessen zu bewerten, und ihre Einbindung daher vor allem unnötige Mehrkosten und Verzögerungen verursache. Durch Studien gesichert ist jedenfalls, dass Architekten und Laien unterschiedliche Kriterien dafür haben, was gute Architektur ist. Unter anderem überschätzen viele Architekten die Bedeutung, die ihre Auftraggeber ästhetischen Gesichtspunkten beimessen.

Um die Lücke zwischen dem, der ein Gebäude entwirft, und denen, die es später in Gebrauch nehmen sollen, zu schließen, greifen Architekturpsychologen auf sozialwissenschaftliche Methoden zurück: Sie führen Interviews mit Angehörigen der Nutzergruppen, veranstalten Rollenspiele und moderieren Diskussionsforen. Sie suchen bereits existierende Gebäude auf, die ähnliche Funktionen haben wie das zu bauende, und ermitteln, in welcher Weise die räumliche Umgebung das Handeln der Menschen darin beeinflusst.

Zu diesen Techniken kommen noch spezifisch architekturpsychologische Methoden wie die Simulation von Entwurfsalternativen am Computer oder mit Pappmodellen oder die aufwändige „Verhaltenskartografie“, bei der in Lageplänen protokolliert wird, wie sich die Nutzer in ihrem Wohnalltag durch das Gebäude bewegen. Neben der rein funktionalen Perspektive, welche Tätigkeiten im zu entwerfenden Gebäude zu erwarten sind,

achtet der Architekturpsychologe auch darauf, wie das soziale Miteinander und das subjektive Befinden der einzelnen Personen und Gruppen durch bauliche Gegebenheiten beeinflusst werden könnten.

In der architekturpsychologischen Literatur der Gegenwart dominieren Fallstudien. Einzelne Stadtviertel, Gebäude oder auch nur Räume werden unter einer nutzerorientierten Perspektive bewertet und daraus Ideen für Um- oder Neugestaltungen abgeleitet. Dagegen fehlt es weitgehend an etablierten, übergeordneten Rahmenkonzepten, in die sich die einzelnen Befunde einordnen ließen.

Unterschiedliche Wohnbedürfnisse

Die Vorstellung eines Nutzers, für den man „so und nicht anders“ bauen muss, ist jedenfalls überholt. Neben der klassischen Familie mit zwei Eltern und Kindern stehen heute zunehmend Alleinerziehende, allein lebende Singles und kinderlose Paare. Für all diese Gruppen mit unterschiedlichen Wohnbedürfnissen die gleichen Wohnungen anzubieten, ist wenig sinnvoll. Lösungsvorschläge gehen dahin, möglichst viele unterschiedliche Wohnungstypen zu bauen, so dass Wohnungssuchende die Möglichkeit haben, unter dem Angebotenen etwas Passendes auszuwählen.

Darüber hinaus müssen Gebäude in aller Regel die Bedürfnisse mehrerer Nutzergruppen befriedigen: In einer Innenstadtpassage mag die untere Etage als Einkaufszentrum dienen, während die oberen Geschosse als Mietwohnungen ausgebaut sind. Es ist kein einfaches Unterfangen, einer großen Zahl von Kunden einen leichten Zugang zu den Geschäften zu ermöglichen und gleichzeitig den Mietern Schutz vor Lärm und ausreichende Privatheit zu sichern. In Fällen, in denen die Interessen einer Nutzergruppe im Konflikt mit denen einer anderen stehen, ist es die Aufgabe des Architekturpsychologen, eine für alle Parteien annehmbare Kompromisslösung herbeizuführen.

Mangelnde Aneignung des öffentlichen Raums

Konflikte können beispielsweise auftreten, wenn es um die Benutzung von Grünflächen, die die Wohnbauten umgeben, geht. Speziell in größeren Wohnanlagen in Städten dienen die mehr oder weniger gepflegten Grün-

anlagen meist nur zum Durchgehen. Kaum jemand verweilt in den Gärten, um etwa soziale Kontakte zu pflegen oder zu knüpfen.

Für Alexander Keul, Umwelt- und Architekturpsychologe an der Universität Salzburg, ist dies eine Frage „mangelnder Aneignung“ der Anlagen durch die Bewohner. „Die Grünanlage gehört mir nicht, daher benutze ich sie auch nicht“, scheinen die meisten Menschen zu denken. Nutzen aber andere die Flächen - etwa Zuwandererfamilien, die das von ihrer Herkunftsgegend noch gewohnt sind - so passt das den Bewohnern dann auch wieder nicht. Wird dann auch noch etwa gegrillt, sind Probleme vorprogrammiert.

Offenbar gibt es diesbezüglich aber nicht nur kulturelle, sondern auch deutliche Unterschiede zwischen Stadt und Land. Am Dorf sei es auch bei uns üblich, dass man öffentliche Flächen in Beschlag nehme, sie doch als allgemeines Eigentum betrachte und sich etwa auch um die Pflege kümmere, sagt Keul. In der Stadt herrscht dagegen die Ansicht vor: „Was mir nicht persönlich gehört, geht mich auch nichts an.“

Der Experte rät daher zu Maßnahmen, damit etwa in städtischen Wohnanlagen die Bewohner wieder verstärkt Besitz von ihrem Umfeld ergreifen. Bewährt habe sich etwa die flächenweise Vergabe von abgesteckten Gärten zur Pflege und Nutzung. Damit würden sich Grünanlagen wieder beleben lassen.

Auch müssten auf öffentlichen Flächen verschiedene Dinge - etwa Ballspielen oder auch Grillen - speziell erlaubt werden, damit die Menschen Gebrauch davon machen. So wie Menschen jahrelang durch Verbotstafeln verschiedenste Dinge abgewöhnt wurden, muss man sie nun offenbar mit ähnlichen Maßnahmen wieder animieren, ihr Umfeld besser wahrzunehmen und zu nutzen.

Quellen

Daniel Leising: Die Macht der Räume; Psychologie heute 1/2002

Bauten sollen auch „sozial verträglich“ sein; ORF ON Science, 13.7.2004

Interkulturelles Zusammenleben in Großsiedlungen in Nordrhein-Westfalen

Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund stellt eine zentrale Herausforderung für die Akteure von Wohnungswirtschaft und Kommunen dar. Wie diese mit der Problematik umgehen, untersuchte eine für das Sozialministerium in NRW durchgeführte Expertise.¹

Thema der Expertise ist somit das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen nationalen, ethnischen und kulturellen Herkunftsmilieus in Großsiedlungen. In der Untersuchung ging es allerdings nicht um z.B. Wohnbedürfnisse der MigrantInnen, sondern im Mittelpunkt standen Einstellungen, Verhalten und Handlungsansätze relevanter Akteure zum interkulturellen Zusammenleben in „ihren“ Großsiedlungen sowie die von ihnen artikulierten Gestaltungsmöglichkeiten. Ergänzend dazu haben wir eigene Handlungsempfehlungen formuliert. Relevante Akteure sind vor allem Wohnungsunternehmen und Kommunen sowie so genannte „soziale Akteure“ wie Schulen, Vereine, Kirchen, Stadtteilbüros u.a.m..

Vorgehensweise

Zu den für die Untersuchung ausgewählten Siedlungen zählen Wulfen-Barkenberg in Dorsten sowie die beiden benachbarten Siedlungen Bergmannsfeld und Hörsterfeld in Essen. In den Siedlungen existieren interessante Erfahrungen und Handlungsansätze. Dazu zählt die vielversprechende Initiierung des Prozesses „Stabilisierung der Essener Oststadt“ (Bergmannsfeld und Hörsterfeld) durch einen Teil der ortsansässigen Wohnungsunternehmen. In Dorsten gibt es bemerkenswerte Ansätze vor allem bezogen auf das relativ hohe ehrenamtliche Engagement und bezogen auf die Kooperation der Akteure. Zudem ist in allen drei Siedlungen die LEG (Landesentwicklungsgesellschaft) NRW GmbH präsent. Auch in der vierten Großsiedlung im Berliner Viertel in Monheim am Rhein ist die LEG Eigentümerin. In der Untersuchung besitzt Monheim zum Teil die Rolle eines Pendants, denn im Unterschied zu den anderen Siedlungen nimmt das Berliner Viertel seit 1995 am Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die soziale Stadt“ teil und kann auf langjährige Erfahrungen sowie viele konkrete Maßnahmen in der Stadtteilentwicklung verweisen.

Vor dem Hintergrund gegenwärtig komplexer gesellschaftlicher Herausforderungen (demographische Veränderungen, Krise des Arbeitsmarktes und der öffentlichen Haushalte) war die zentrale Fragestellung: Welche Handlungsmöglichkeiten und Strategien haben Wohnungsunternehmen in Kooperation mit Kommunen und sozialen Akteuren bzw. welche können sie gemeinsam entwickeln?

Im Mittelpunkt der Studie standen Werkstattgespräche. An drei siedlungsbezogenen Werkstattgesprächen (Essen und Dorsten) nahmen die in den Siedlungen präsenten Akteure teil, wie MitarbeiterInnen von Wohnungsunternehmen (Mieterzentren, KundenbetreuerInnen), der kommunalen Verwaltung oder von sozialen Trägern. In einem siedlungsübergreifenden Werkstattgespräch diskutierten MitarbeiterInnen der Leitungsebenen der beteiligten Wohnungsunternehmen und der Kommunen die Ergebnisse der drei siedlungsbezogenen Werkstattgespräche sowie das von den Monheimer Akteuren vorgestellte good practice Beispiel „Belegungs- und Quartiersmanagement“ der Großsiedlung Berliner Viertel, um daraus ggf. konkrete Schritte abzuleiten. In den Gesprächen war es uns wichtig, die konkreten Chancen und Grenzen des Handlungsspielraums der Akteure zu erkunden, um weder berechnete Zuversicht im Keim zu ersticken noch übertriebene Erwartungen zu wecken, die durch absehbare Frustrationen ins Gegenteil umschlagen können. Pro Werkstattgespräch nahmen zwischen neun und 15 Akteure teil - insgesamt 49 von 61 Angesprochenen. Als sinnvoll hat sich erwiesen, die Ebene der Entscheidungsträger wie Niederlassungs- oder Amtsleiter und die Ebene der in den Siedlungen präsenten Akteure im Diskussionsprozess zu trennen. Auffällig (aber durchaus symptomatisch) an der Zusammensetzung der Werkstattgespräche ist zum einen, dass nur fünf Akteure einen (offensichtlichen) eigenen Migrationshintergrund haben. Dabei kommen alle aus dem sozialen Bereich, drei von ihnen gehören der Gruppe der AussiedlerInnen an.

Der Wohnbereich als zentraler Ort der Begegnung

Ausgangspunkte für eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sind die Orte des Wohnens, der Arbeit, des Lernens und der Freizeit, denn sie sind soziale Orte. Nachdem die „Integrationsmaschinen“ Arbeit und Schule zunehmend nicht mehr funktionieren, „wächst die Bedeutung von Integrationsprozessen im unmittelbaren Wohnbereich“ (ILS 2001b: 9).

Wesentlich in diesem Kontext sind soziale Netzwerke, die sich aus Kontakten in „günstigen Gelegenheitsstrukturen“ (vgl. Zentrum für Türkeistudien 2000a) entwickeln können. Aber auch soziale Konflikte: Viele Nachbarschaften in Siedlungen oder Häusern, in denen relativ konzentriert sozial benachteiligte BewohnerInnen leben, scheinen eher „überforderte Nachbarschaften“ als „funktionierende Nachbarschaften“ zu sein. Der Begriff interkulturelle Konflikte ist dabei mit Vorsicht zu genießen, da sich viele als herkömmliche Nachbarschaftskonflikte (Müll, Freiraumnutzung) herausstellen, die ethnisiert werden.

Für viele Wohnungsunternehmen ist die gegenwärtige Situation ihrer Bestände in Großsiedlungen geprägt von hohen Betriebs- und damit Mietnebenkosten, Instandsetzungs- und Modernisierungsbedarfen, einem schlechten Image und der Kumulation sozialer Probleme. Dies und die Entspannung auf einigen regionalen Wohnungsmärkten führen zunehmend zu wohnungswirtschaftlichen Problemen wie erhöhtem Leerstand und Fluktuation. Hinzu kommen bei vielen Wohnungsunternehmen immense Mietrückstände mit steigender Tendenz und zunehmend kostenintensivere (Schönheits-)Reparaturen bei Neubezug einer Wohnung.

Vor dem Hintergrund dieser Negativfaktoren, den demographischen Prognosen und vorhandenen oder befürchteten sozialen Konflikten wird den Großsiedlungsbeständen als vorgeblich unattraktivste Wohnform keine große Zukunft vorausgesagt (vgl. „Wohnen in Köln“ 1999). Seit Anfang 2002 werden aufgrund des Modellprogramms „Stadtumbau West“ verstärkt die Handlungsräume zwischen (gefördertem) Abriss, Umstrukturierung und Bestandsaufwertung ausgelotet. Standortentscheidungen zwischen Portfolio-Manage-

ment, wohnungs- und sozialpolitischer Verantwortung stehen auf der Agenda der Wohnungsunternehmen. Die Kommunen sind nicht weniger gefordert: stadtentwicklungs-, wohnungs-, wirtschafts- und sozialpolitisch.

Kolonie oder Ghetto?

Wichtig ist mir ein Gedanke in Bezug auf die kontroverse Diskussion unter dem Motto „Kolonie oder Ghetto“, die auch in den Werkstattgesprächen geführt wurde. Dabei betont „Kolonie“ den vor allem emotionalen Schutzraum vor Isolation und Diskriminierung. „Ghetto“ betont den Rückzug in die eigene Ethnie mit den möglichen Folgen: geringe Kontakte zur (deutschen) Mehrheitsgesellschaft, schlechte deutsche Sprachkenntnisse, damit vor allem für Kinder und Jugendliche schlechtere Startbedingungen in Schule und Beruf und ausgeprägtere Religiosität.

Grundsätzlich finde ich es notwendig zu akzeptieren, dass auch MigrantInnen unterschiedliche Handlungsorientierungen besitzen. Diese können von einer individualistischen Assimilation in die Aufnahmegesellschaft bis zu einer kollektivistischen Separation reichen. Der springende Punkt ist, ob MigrantInnen prinzipiell auf der gesellschaftlichen Ebene eine eigene Entscheidungsfreiheit zuerkannt bekommen, oder ob sie aufgrund von Ausgrenzungs-, Verdrängungs- und Diskriminierungspraktiken in ethnische Nischen verwiesen werden.

Nichtdeutsche und AussiedlerInnen (Zuwanderer aus den osteuropäischen Staaten mit deutschen Vorfahren) besuchen überproportional häufig die Hauptschule anstelle weiterführender Schulen wie Realschule oder Gymnasium. In Bezug auf das Abgleiten schwieriger Siedlungen und Stadtteile ist ein Kernpunkt, inwieweit es in den nächsten Jahren gelingt, eine Integration der BewohnerInnen in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Großsiedlungen bieten jedoch aufgrund ihrer auf Wohnen ausgerichteten Monofunktionalität besonders wenig Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Zahl und Dichte von Betrieben ist hier relativ gering. Arbeitsplätze finden sich entsprechend häufig außerhalb der Siedlungen und oft in wenigen Großbetrieben. Wird einer dieser Betriebe geschlossen, hat dies einen erheblichen Anstieg der Arbeitslosen in der Siedlung zur Folge.

**Multikulturalität und Interkulturalität in
Großsiedlungen**

Häufig zeichnet die Großsiedlungen eine ethnisch-kulturelle Vielfalt bzw. „Internationalität“ aus. Allerdings gibt es auch Siedlungen, in denen ein oder zwei Gruppen klar dominieren, wie in Detmold-Herbertshausen, wo 1998 knapp zwei Drittel der BewohnerInnen AusiedlerInnen und die überwiegende Mehrzahl der AusländerInnen (insg. 28%) KurdInnen waren (vgl. FOKUS 1999: 324). Im Berliner Viertel in Monheim zählen wiederum gut 70% der AusländerInnen zu der Gruppe der ArbeitsmigrantInnen, v.a. mit türkischer Staatsbürgerschaft.

Nach wie vor existiert bei vielen Wohnungsunternehmen und Kommunen die Vorstellung, dass die Siedlungen nicht so gut funktionieren, weil eine „gesunde Durchmischung“ der MieterInnen fehlt. Übersetzt bedeutet dies: „weniger Ausländer und mehr Einkommensstarke“. Vor allem private Wohnungsunternehmen betreiben diesbezüglich eine deutlich selektivere Belegungspraxis als kommunale und öffentliche (vgl. ILS 2001a: 68). Im Zuge einer undifferenzierten und vorschnellen Betrachtungsweise wird ein (relativ) hoher Ausländeranteil als ein Merkmal schwieriger Siedlungen angeführt. Häufig formulierte Schwierigkeiten sind Vermietbarkeit, Nachbarschaftskonflikte und Bedrohung durch Gruppenbildungen jugendlicher MigrantInnen. Bekannt sind auch Strategien, die vermeiden sollen, dass vom äußeren Erscheinungsbild auf die Mieterschaft geschlossen werden könnte, indem z.B. das Anbringen von Satellitenschüsseln untersagt wird.

Tendenziell nimmt aber die Einsicht bei den Akteuren zu, dass MigrantInnen als MieterInnen sozial stabilisierende Wirkung haben können, auch wenn dabei oft nach nationalen Herkunftsn differenziert wird („Türken ja – Libanesen nein“). Zunehmend stärkere Beachtung findet gegenwärtig der Wunsch nach einer gemischteren sozialen Zusammensetzung im Bestand des öffentlich geförderten Wohnungsbaus (vgl. Heitmeyer u.a. 2000: 398f). So formulieren einige Wohnungsunternehmen, dass Familien, die in der zweiten oder dritten Generation Sozialhilfe beziehen, für das soziale Zusammenleben in den Siedlungen ein enormes Problem darstellen.

Der Sozialraum**Ähnlichkeiten**

Altersstruktur: viele junge BewohnerInnen und wenig Ältere über 60 Jahre
Wohnbestand: relativ hoher Bestand an öffentlich geförderten Wohnungen
im Vergleich zur jeweiligen Gesamtstadt: relativ hoher Anteil an Arbeitslosen, Hilfebedürftigen, Alleinerziehenden, MigrantInnen insb. AussiedlerInnen; hohe Fluktuation, mehr Bewohnerverlust aufgrund von Wegzügen

Unterschiede

Wohnbestand: viele Mietwohnungen in 2- bis 4-Geschossen, außer im Hörsterfeld, dort alle in Hochhäusern
Leerstand: in Barkenberg und im Hörsterfeld struktureller Leerstand
MigrantInnen: relativ wenig BewohnerInnen aus den klassischen Anwerbeländern, lediglich im Berliner Viertel leben viele MieterInnen mit türkischer und marokkanischer Herkunft
BezieherInnen v. staatl. Transfereinkommen: in Barkenberg niedriger Anteil im Vergleich zu den anderen Siedlungen, aber hoch im Vergleich zur Gesamtstadt; hoher Anteil einkommensarmer Minderjähriger u. Alleinerziehender sowie überdurchschnittlich hohe Frauenarbeitslosigkeit im Bergmannsfeld und Hörsterfeld

Fazit aus den Werkstattgesprächen

Mein Fazit aus den Werkstattgesprächen fokussiert den Blick auf die teilnehmenden Akteure, insbesondere auf die Wohnungsunternehmen. Nicht überraschend, dennoch immer wieder notwendig zu formulieren ist die vorgefundene Heterogenität in den Einstellungen zur Multikulturalität in den Siedlungen und den Auswirkungen für das dortige Zusammenleben je nach Einzelperson. Unterschiedlich sind auch die Wirkungen je nach Verantwortungsbereich der Individuen. Mitglieder der Leitungsebene bestimmen Unternehmensphilosophie, Strategien und Maßnahmen. MitarbeiterInnen, die lokal agieren, transportieren ihr Verhalten gegenüber den BewohnerInnen als Handlungsweise des Unternehmens.

Wie erwähnt, existiert bei vielen Akteuren, vor allem bei MitarbeiterInnen von Wohnungsunternehmen, die Vorstellung, dass die Siedlung eine gute „soziale und ethnische“ Mischung der BewohnerInnen braucht, damit Nachbarschaften und Zusammenleben in der Siedlung funktionieren. Diese Auffassung kann so weit gehen, dass nach Rezepten gesucht wird, z.B. wie viele MigrantInnen oder sozial instabile MieterInnen ein Haus „verträgt“. Offenbar existieren Unterschiede in den Haltungen und Maßnahmen zwischen Wohnungsunternehmen, die seit vielen Jahren in Diskussionen und Prozesse involviert sind, in denen es auch um ihre Wohnbestände in benachteiligten Stadtteilen geht, und denen, die erst am Anfang eines solchen Prozesses stehen.

Bei einigen der an dieser Untersuchung beteiligten Wohnungsunternehmen kommt zum Ausdruck, dass die Sicht auf die MieterInnen als Kunden noch nicht wirklich verinnerlicht wurde und die Reaktion auf MigrantInnen als MieterInnen tendenziell ablehnend ist. Ein relativ hoher Anteil von MigrantInnen in den eigenen Wohnbeständen wird in der Regel immer noch deutlich oder latent als Makel formuliert. Die bereits erwähnte selektivere Belegungspraxis von privaten und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen bestätigte sich in der vorliegenden Untersuchung. Bei ihnen zeigt sich eindeutiger, dass sie offenbar häufig vorrangig die Perspektive von älteren Deutschen einnehmen, die bei „zu vielen Ausländern“ wegziehen würden. Insgesamt ist ein konstruktiver und offensiver Umgang mit der eigenen multikulturellen Mieterschaft eher die Ausnahme.

In allen Werkstattgesprächen zeigte sich ein Phänomen, wenn die Moderation „Zeit und Raum für Diskussionen“ gelassen hat, um nicht zu „streng“ zu sein. Problemlos setzten sich die TeilnehmerInnen über weniger heikle Themen als „Interkulturalität“ auseinander: über die städtebauliche und bautechnische Problematik der Großsiedlungen, über fehlendes Geld für Maßnahmen und Aktivitäten oder über notwendige politische Entscheidungen. Das Thema „Fremde und Deutsche“ in einer Arbeitsgruppe und nicht in einem informellen Gruppenzusammenhang zu diskutieren, die eigene Haltung zu artikulieren, erfordert durchaus Mut, vor allem, wenn in der Gruppe kein Grundkonsens vorausgesetzt werden kann.

So kam es denn auch, dass in zwei siedlungsbezogenen Werkstattgesprächen insbesondere die sozialen Akteure miteinander über Details (z.B. Sprachkompetenz) diskutierten, während sich TeilnehmerInnen aus den Wohnungsunternehmen zurückhielten. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die meisten sozialen Akteure aufgrund ihrer beruflichen Tätigkeit und ihrer Einbindung in entsprechende Arbeitskreise mit der Thematik auch gesellschaftspolitisch befasst sind. MitarbeiterInnen von Wohnungsunternehmen und je nach Aufgabengebiet auch die der Kommunen müssen sich beruflich nicht reflektiert damit auseinandersetzen, das wird der Eigeninitiative und damit der persönlichen Einstellung überlassen.

Daraus folgt der zweite Aspekt. Die Frage ist, wie vermittelt sich den MitarbeiterInnen von Wohnungsunternehmen ein Bild des Zusammenlebens in einer Siedlung? Möglich wäre dies durch eigenes Erleben, d.h. regelmäßigen Kontakt mit möglichst vielen verschiedenen MieterInnen (Das schwedische Wohnungsunternehmen MKB betont die zentrale Rolle der MitarbeiterInnen vor Ort und die Relevanz des persönlichen Kontaktes). Könnte es sein, dass sich das Bild des Zusammenlebens maßgeblich über Beschwerden von älteren, deutschen MieterInnen vermittelt? Leider sind – und das ist von seiner Bedeutung her nicht zu unterschätzen – die Einstellungen nicht weniger älterer Deutscher noch heute von der fremdenfeindlichen Ideologie ihrer als Kinder oder Jugendliche erfahrenen nationalsozialistischen Erziehung (zumindest außerhalb der Familie) geprägt.

Der Kerngedanke an dieser Stelle ist: Vor dem Hintergrund, dass die Thematik „Multikulturalität in unserer Siedlung“ gar nicht oder nicht ernsthaft Teil der Unternehmenskommunikation ist, konnten in den Werkstattgesprächen kaum bedarfs- und prozessorientierte Strategien oder Handlungsansätze mit den Akteuren der Wohnungsunternehmen erarbeitet werden (leider haben auch nur wenige soziale Akteure kreative Ideen, die über die Forderung nach mehr finanziellen Ressourcen hinausgehen). D.h., vorausgesetzt ein Wohnungsunternehmen bekennt sich klar zur Multikulturalität seiner Siedlung, dann muss es auch dafür sorgen, dass seine MitarbeiterInnen sich mit diesem Teil der Unternehmensphilosophie identifizieren und sie überzeugend den KundInnen vermitteln können. Allerdings

müssen Wohnungsunternehmen dafür in die Qualifizierung ihrer MitarbeiterInnen investieren, die verständlicherweise mit der schwierigen und komplexen Situation in den Siedlungen als „EinzelkämpferInnen“ häufig überfordert sind.

Tamara Frankenberger
LEG Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklung GmbH
www.leg-as.de

Anmerkung

1 Der Beitrag ist die gekürzte Fassung des gleichnamigen Vortrags, gehalten am 19.11.2003 beim ILS-Arbeitskreis „Interkultureller Dialog – Beteiligung von Migrantinnen und Migranten an der Stadtteilentwicklung“ in Dortmund. Der Titel der vorgestellten Expertise lautet: Interkulturelles Zusammenleben und soziale Herausforderungen in ausgewählten Großsiedlungen in NRW.

Literatur

Arbeitsgemeinschaft „Wohnen in Köln“ (Hg.) (1999), Wohnen in Köln. Eine empirische Studie über die Mieterhaushalte in Köln – Wohnsituation und ihre subjektive Bewertung, Köln

ARGE Essener Oststadt (2002), Essener Oststadt. Integriertes Konzept- und Strategiepapier für die Siedlungsbereiche Bergmannsfeld und Hörsterfeld, unv., Ratingen (LEG-AS und Oberhausen, Büro für Freiraumplanung Joachim Reck)

FOKUS (1999), Konfliktmanagement in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Endbericht, Köln

Heitmeyer, Wilhelm / Anhut, Reimund (Hg.) (2000), Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen, Weinheim und München

ILS (Hg.) (2001a), Nachhaltige Erneuerung von Großwohnsiedlungen. Das Beispiel der Umweltinitiative Dortmund-Scharnhorst-Ost, Dortmund

ILS (Hg.) (2001b), Integration von Migrantinnen und Migranten im Wohnbereich, Autorin: Heike Hanhörster, Dortmund

SABO AG (Hg.) (1998), Rosengård – New Approaches to the Management of Housing Estates in Sweden, Stockholm

Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen (Hg.) (div. Jahrgänge), diverse Beiträge zur Stadtforschung, Essen

Stadtteilbüro Berliner Viertel (2001), Belegungs- und Quartiersmanagement Berliner Viertel in Monheim am Rhein, erstellt i. A. der Stadt Monheim, unv., Monheim / Dortmund

Zentrum für Türkeistudien (Hg.) (2000a), Interkulturelle Kontakte und Wohnumfeld türkischstämmiger Migranten in Deutschland, Essen

Synopse 1

Siedlung	Lage/ Entstehung	Wohnbestand	Eigentümer	EinwohnerInnen	MigrantInnen	Altersstruktur
Barkenberg Dorsten-Wulfen	Stadtrand 1960 – 1970 1967 bezugsfertig	4.500 WE; 2.000 WE im Kernbereich 2-8 Geschosse Kernbereich fast 100% öffentliche Mietwohnungen	LEG 70% DWG 16% Sonstige 14%	11.300 Kernbereich ca. 6.500	AusländerInnen 7% AussiedlerInnen ca. 15%	Unter 18 J.: 24% Über 60 J.: 17%
Bergmannsfeld Essen- Freisenbruch	Stadtrand 1963 - 1969	1.750 WE, vorwiegend 4-6 Geschosse, z. T. 8-10 Geschosse 65% öffentl. Mietwohnungen 33% frei finanziert Mietwoh. 2% Eigentum	LEG 70% Wentzel 30%	4.700	AusländerInnen 12,5% AussiedlerInnen 17,5%, resp. 22 – 25%	Unter 18 J.: 27% Über 60 J.: 18%
Hörsterfeld Essen-Horst	Stadtrand 1973 - 1979	2.100 WE 7–8 Geschosse, einzelne 12 u. m. rund 60% öffentl. Mietwoh.	Allbau 7% GAGFAH 13% Gebr. Karl 8% Jupiter 12% LEG 7% Sahle 8% Wohnbau 13%	5.000	AusländerInnen 12% AussiedlerInnen 18%, resp. 22 – 25%	Unter 18 J.: 26% Über 60 J.: 18%
Berliner Viertel Monheim	Innenstadtrand 1963 - 1974	3.500 WE, 85% öffentl. Mietwoh. 15% frei finanzierte Mietw. 5% Eigentum	LEG 83%	11.000	Ausländeranteil 30% AussiedlerInnen unbek.	Unter 18 J.: 29% Über 65 J.: 7%

Synopse 2

Siedlung	Arbeitslosigkeit	Sozialhilfe	Bevölk.-Entwickl.	Alleinerziehende	Leerstand/ Fluktuation
Barkenberg Dorsten- Wulfen	9,4% (Stadt 7,6%) 9% Nichtdeutsche (Dorsten)	Wulfen 8% (Stadt 4,6%) unter 18 J.: 13%	- 2,5% (1999- 2001)	Keine Daten, Schätzung: relativ hoch	Leerstand 9 – 10% Fluktuation 11%
Bergmannsfeld Essen- Freisenbruch	12,2% (Stadt 8,1%) 39% Frauen 18% Nichtdeutsche	19%, unter 18 J.: 33%	- 3% (1994 - 1997) - 1% (1997 - 2000)	20% Sozialhilfeanteil unter Alleinerz. 57%	Leerstand 1 – 2% Fluktuation 13%
Hörsterfeld Essen-Horst	13,6% (Stadt 8,1%) 37% Frauen 18% Nichtdeutsche	23% unter 18 J.: 37%	- 6% (1994 - 1997) - 4% (1997 - 2000)	29% Sozialhilfeanteil unter Alleinerz. 60%	Leerstand 1 – 15% Fluktuation 10 – 15%
Berliner Viertel Monheim	12,2% (Stadt 9,6%)	17% unter 18 J.: üb. 20%	- 1% (1995 - 1997)	Keine Angaben	Leerstand 1 – 2% Fluktuation 15%

Ausreichendes Wohnungsangebot steigert Lebensqualität der Menschen

Die eigenen vier Wände bilden eine fundamentale Grundlage der Lebensqualität. Dass sich ein jeder Wohnen leisten kann und dafür ein ausreichendes Angebot an Wohnraum zur Verfügung steht, sind daher die großen Anliegen der oberösterreichischen Wohnbaupolitik. Mit der Wohnbauförderung können diese Ziele weitgehend erreicht werden.

Aufgabengebiet des Wohnbauressorts

Die Wohnbauförderung darf aber nicht auf die reine Neubaufinanzierung beschränkt bleiben. Zum einen muss das Förderungssystem auch entsprechende Antworten auf die verschiedensten Lebensumstände geben. Günstige Startwohnungen für Jungfamilien, qualitativ hochwertige Wohnformen für SeniorInnen, den Bedürfnissen angepasster Wohnraum für Menschen mit Beeinträchtigungen oder die Unterstützung von Häuslbauern bei der Erstellung eines stabilen Finanzierungsplans gehören genauso zum Anforderungsprofil der Wohnbauförderung wie die Hilfestellung für sozial schwächere Haushalte durch die Wohnbeihilfe. Zum anderen hat die Wohnbauförderung auch eine ganz wesentliche Aufgabe für den Umwelt- und Klimaschutz. Insgesamt stellt sich die Wohnbauförderung als sehr komplexes System dar, das in seiner Bedeutung für die Lebensqualität aller Bevölkerungsgruppen nicht unterschätzt werden darf.

Entwicklung der Bevölkerung fordert mehr Wohnungen

Aufgrund der demographischen Entwicklung der oberösterreichischen Bevölkerung und Faktoren wie Migration im Zuge der Liberalisierung der Arbeitsmärkte muss die Wohnbauförderung in der Lage sein, ungefähr 5.600 Wohneinheiten pro Jahr (vom Studentenheimplatz bis zum Eigenheim) zu fördern. Dazu soll noch die Förderung der nachträglichen Errichtung von Liften und Bewohnergaragen quantitativ wesentlich erhöht werden: Durchschnittlich 185 nachträglich errichtete Lifte und 400 Abstellplätze sollen zukünftig pro Jahr ohne Wartezeiten gefördert werden. Daneben sollen selbstverständlich auch die übrigen Förderungen für die Wohnhaussanierung, die Energiesparförderung und die Wohnbeihilfe weitergeführt werden. Für alle diese Vorhaben sind natürlich entsprechende Finanzierungsbeiträge durch die Wohnbauförderung notwendig.

Budgetsituation der Wohnbauförderung

Insgesamt werden 1.780 Millionen Euro pro Jahr vom Bund im Rahmen des Finanzausgleichs für den Wohnbau zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln erhält das Land Oberösterreich 285,7 Millionen Euro. Da dieser Betrag seit 1996 keiner Inflationsanpassung mehr unterlegen ist, hat er real bereits rund 20 Prozent an Wert verloren. Die Kofinanzierung des Wohnbaubudgets ist im Bundesländervergleich sehr unterschiedlich, und Oberösterreich liegt aufgrund der sinkenden Förderungsdotation nur mehr auf dem vorletzten Platz.

Wohnbauförderungsmittel der Länder

Bundesland	Landesmittel 2004 in Mio EUR
Niederösterreich	305
Steiermark	144
Tirol	90
Wien	78
Burgendland	59
Salzburg	58
Vorarlberg	53
Oberösterreich	37
Kärnten	10
Gesamt	834

jeweils Voranschlag; Quelle: OÖ Landesregierung

Wohnbauförderung sichert Arbeitsplätze

Ziel der Wohnbauförderung ist es in erster Linie, leistbaren Wohnraum zu schaffen und diesen auch qualitativ zu verbessern. Daneben ist aber auch ganz wesentlich, dass die Wohnbauförderung in Oberösterreich bei einem Budget von 330 Millionen Euro ein jährliches Produktionsvolumen im Bauwesen in der Höhe von etwa 900 Millionen Euro induziert. Aufgrund dieses Produktionsvolumens können in Oberösterreich direkt knapp 15.000 Personen im Bausektor sowie weitere 14.500 Personen in zuliefernden und vorgelagerten Sektoren beschäftigt werden. Bei einer allfälligen Kürzung der Wohnbauförderung muss deshalb davon ausgegangen werden, dass es zu einer Reduktion der Bautätigkeit und zu damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung im Baugewerbe kommen wird.

Wohnungsbedarf mit den gegebenen Budgetmitteln abdecken

Die Zahl der Wohnungssuchenden ist in Oberösterreich im vorigen Jahr um 6,4 Prozent gestiegen. Die Wohnungsnachfrage mit Dringlichkeitsgründen stieg mit 8,4 Prozent noch stärker an. Waren es im Jahr 1998 noch 10.333 Menschen, die dringend eine Wohnung suchten, stieg diese Zahl im Jahr 2003 deutlich auf 15.781 Personen an.

Die Liste der Dringlichkeitsgründe führen Hausstandsgründungen mit 9.996 Meldungen an, gefolgt - in einigem Abstand - von Kinderzuwachs mit 178 und Scheidungen mit 115 Angaben. „In wenigen Wochen werden die Bedarfszahlen mit Stichtag 1.9.2004 vorliegen und es ist zu erwarten, dass der Wohnungsbedarf wieder steigen wird“, so der oberösterreichische Wohnbau-Landesrat Hermann Kepplinger.

Die erwähnten 5.600 geförderten Wohneinheiten pro Jahr sollten in Kombination mit rund 1.400 frei finanzierten Wohnungen ausreichen, um den Wohnungsbedarf langfristig wieder sinken zu lassen. Da erstens durch Abbruch oder Zusammenlegung jedes Jahr in Oberösterreich ungefähr 2.300 Wohnungen vom Markt verschwinden, müssen neue gebaut werden. Zweitens sinkt bei gleichbleibender Bevölkerung der durchschnittliche Haushaltsbelag, was wieder durch ein Neubauvolumen von rund 3.100 Wohnungen pro Jahr ausgeglichen werden kann.



Rechnet mit steigendem Wohnungsbedarf: Oberösterreichs Wohnbau-Landesrat Hermann Kepplinger

Demographische Entwicklungen müssen berücksichtigt werden

Die Zahl der Single-Haushalte ebenso wie die der Ein-Personen-Haushalte von Menschen über 65 Jahren steigt massiv an, wodurch neue Strategien in der Wohnbauförderung notwendig werden und passende Wohnformen angeboten werden müssen.

„Wir haben uns ehrgeizige Ziele gesetzt“, betont Wohnbau-Länderat Kepplinger. „Bis zum Jahr 2010 wollen wir in Oberösterreich 2.500 betreubare Wohnungen er-

richten. Dazu kommt auch noch die Alten- und Pflegeheimoffensive. Um unser Ziel von 14.500 pflegegerechten Heimplätzen bis 2010 zu erreichen, müssen noch 4.800 neu errichtet werden. Die restlichen 1.600 Wohnungen müssen einerseits zum Abbau des vorhandenen Wohnungsbedarfs errichtet werden, andererseits wird es in den nächsten Jahren eine steigende Wohnungsnachfrage von MigrantInnen aus den neuen EU-Ländern geben.“

Sabrina Lindemann

Buchtipps

Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in Europa

Einer EU-Studie zufolge wünscht die Mehrheit der Beschäftigten in den 15 EU-Mitgliedsländern und in Norwegen – anstelle der derzeit diskutierten Arbeitszeitverlängerung - eine deutliche Reduktion der Wochenarbeitszeit. Der Arbeitsmarktexperte Gerhard Bosch vom Gelsenkirchener Institut Arbeit und Technik (IAT) schlägt deshalb ein Umdenken in der Arbeits- und Beschäftigungspolitik vor: Sogenannte „Wahlarbeitszeiten“ unterhalb den üblichen Vollarbeitszeiten sollten seiner Ansicht nach zur Normalität werden.

Die repräsentative Befragung wurde im Auftrag der in Dublin ansässigen „Europäischen Stiftung für die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen“ durchgeführt. Auffallend war die hohe Übereinstimmung in den Mitgliedstaaten bei den Erwerbswünschen und Arbeitszeitpräferenzen. Mehrheitlich wird eine Verkürzung der Arbeitszeit um 4,5 Stunden von 39 auf 34,5 Wochenarbeitsstunden gewünscht. Männer hoffen auf den Abbau von Überstunden, ein Teil der Frauen in Vollzeitverhältnissen wünscht sich einen Teilzeitarbeitsplatz. Eine Erhöhung ihrer Arbeitsstunden auf durchschnittlich 34 Stunden wünschen sich dagegen in Teilzeit und geringfügig Beschäftigte.

Studienautor Gerhard Bosch hält die artikulierten Arbeitszeitwünsche der Europäer grundsätzlich für realisierbar. Voraussetzung dafür sei jedoch eine flexiblere Organisation der Arbeit. Bosch fordert daher die Unternehmen auf, Lösungen für neue Arbeitszeitmodelle zu entwickeln.

Bielenski, Harald / Bosch, Gerhard / Wagner, Alexandra: Wie die Europäer arbeiten wollen: Erwerbs- und Arbeitszeitwünsche in 16 Ländern. Campus Verlag, Frankfurt 2002

Generationen – Konflikt oder Harmonie?

In der Debatte um die Sozialreform steht immer häufiger der „Generationenkonflikt“ im Raum. Die Jugend steht einer anteilmäßig immer größeren Gruppe von älteren Menschen mit wachsendem Bedarf an Pflege und Gesundheitsversorgung sowie Ansprüchen an die Rentensysteme gegenüber. Dazu kommen Veränderungen in der Erwerbsarbeit, die Individualisierung der Lebensformen und eine zunehmende Verunsicherung hinsichtlich der eigenen Altersvorsorge. Mit dem Hinweis auf die demografischen Veränderungen wird die Finanzierbarkeit der bestehenden Wohlfahrtsgesellschaft in Frage gestellt und ein grundlegender Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik angestrebt.

Der vorliegende Band des Zukunftsforums Österreich setzt sich mit Mythen und Fakten zu diesem Thema aus politischer und ökonomischer Sicht auseinander. Die Beiträge decken das Meinungsspektrum zu Pensionsreform und Gesundheitswesen in Österreich ab. Namhafte Vertreter öffentlicher und privater Institutionen, der Sozialpartner sowie Wissenschaftler und Politiker kommen zu Wort. Befürworter und Gegner der Reformpolitik werfen einen Blick auf die konkurrierenden Sozialmodelle.

Viele Autoren betonen den Zusammenhang zwischen Verteilungsgerechtigkeit und sozialer Kohäsion, denn der Riss in der angestrebten Gesellschaft verläuft nicht zwischen Jung und Alt, sondern zwischen Arm und Reich. Anhand zahlreicher Fakten wird nachgewiesen, dass das bewährte System auch in Zukunft leistbar ist. Eine Reihe von Beiträgen zeigt Alternativen zur gegenwärtigen Sozialpolitik auf, die Eingang in die politische Debatte finden sollten. So das Modell der bedarfsorientierten Grundsicherung oder das ÖGB-Modell der Österreich-Pension. Auch Finanzierungsstruktur, Kostenexplosion und Kostendämmung im Gesundheitswesen werden diskutiert. Ein weiteres Thema sind notwendige Zielsetzungen auf europäischer Ebene, wie eine Anpassung der Beschäftigungspolitik und der Arbeitsformen an die demografische Entwicklung. Fazit der Herausgeber: Aussagen, die die ökonomische Finanzierbarkeit des bestehenden öffentlichen Sozialmodells in Frage stellen, entspringen anderen Motiven. Anpassungen und Harmonisierungen sind so vorzunehmen, dass die demokratische Mitbestimmung und Teilnahme aller am Reichtum der Gesellschaft sichergestellt ist, damit sich der herbeigeredete Generationenkonflikt nicht als sich selbst erfüllende Prognose entpuppt.

Die AutorInnen: Hannes Bauer, Eva Belabed, Franz Bittner, Harald Ettl, Lorenz Fritz, Ernst Gehmacher, Günter Geyer, Johann Hauf, Herbert Haupt, Michaela Hudler-Seitzberger, Christoph Leitl, Wolfgang Mazal, Fritz Neugebauer, Josef Probst, Emmerich Tálos, Gunther Tichy, Fritz Verzetnitsch

*Zukunftsforum Österreich (Hg.):
Generationen. Konflikt oder Harmonie?
Sozialer Zusammenhalt zur Sicherung der Zukunft
Verlag des ÖGB, Wien 2004
340 Seiten, EUR 21,-*

Hedda Wagner – Komponistin, Dichterin und engagierte Frauenrechtlerin

Hedda Wagner (1876-1950) war bisher nur wenigen ExpertInnen bekannt, das vorliegende Buch von Christine Roiter ist die erste ausführliche Monografie über Leben und Werk dieser vielseitig begabten Frau. Das literarische Schaffen Hedda Wagners umfasst Lyrik, Drama und Prosa. Sie arbeitete als Journalistin und Feuilletonistin für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften. Als Komponistin schuf sie Lieder, Kirchenmusik, mehrere Chorwerke sowie drei Opern. Politisch engagiert, spielte sie eine wichtige Rolle innerhalb der Sozialdemokratie und der Frauenbewegung in Linz und Oberösterreich.

Christine Roiter stellt eine Verbindung zwischen Hedda Wagners Person, ihrem künstlerischen Werk sowie ihrem Umfeld her. Hedda Wagners Leben wird dabei als Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Individuum dargestellt. In ihre Lebenszeit fallen wichtige politische und soziale Umwälzungen: zwei Weltkriege, das Ende der Monarchie, die nationalsozialistische Diktatur und die erste Nachkriegszeit. Diese Veränderungen, aber auch das Leben in der österreichischen Provinz prägten ihren Lebensentwurf.

Ein komplettes Werkverzeichnis und zahlreiche, bisher meist unveröffentlichte Gedichte Hedda Wagners ergänzen den Band. Das Buch lädt dazu ein, eine zu Unrecht vergessene Frau und ihre Zeit neu zu entdecken.

*Christine Roiter: Hedda Wagner -
Komponistin, Dichterin, Frauenrechtlerin
Sudienverlag, Innsbruck 2004
192 Seiten, EUR 19,-*

Zweibändige Darstellung der politischen Systeme Europas neu aufgelegt

Am 1. Mai 2004 traten zehn osteuropäische Länder der Europäischen Staatengemeinschaft bei. Der bunte Mix der neuen Mitgliedstaaten bereichert die EU jedoch nicht nur in kultureller Hinsicht, sondern auch um verschiedenartige politische Systeme. Das kürzlich bereits in der 2. aktualisierten und überarbeiteten Auflage er-

schienene Buch „Die politischen Systeme Osteuropas“ des Dresdner Politikwissenschaftlers Wolfgang Ismayr nimmt die politischen Systeme Osteuropas methodisch unter die Lupe und fasst diese übersichtlich zusammen.

Das Buch zielt nicht nur auf ein universitäres, studentisches oder spezifisch politik- und rechtswissenschaftlich interessiertes Publikum, sondern dient ebenso als Informations- und Nachschlagewerk für mit Osteuropa befasste Stellen in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und politischer Bildung.

Mit den westeuropäischen Staaten und ihren politischen Systemen hingegen befasst sich der von Wolfgang Ismayr herausgegebene Band „Die politischen Systeme Westeuropas“, der ebenfalls Anfang 2004 neu aufgelegt wurde. Die beiden von renommierten Länderexperten verfassten Bücher analysieren alle politischen Systeme Europas und stellen diese umfassend dar. Die Bücher erleichtern den Vergleich der osteuropäischen mit den westeuropäischen Staaten.

Behandelt werden Systemtransformation und Verfassungsentwicklung sowie die staatlich-politischen und intermediären Institutionen und Prozesse - somit Staatspräsident, Parlament, Regierung, Rechtssystem, Wahlsysteme und direktdemokratische Verfahren, aber auch Parteiensystem und innerparteiliche Willensbildung, Interessenverbände, Massenmedien, politische Beteiligung und politische Kultur. Ausführungen zur Regional- und Kommunalpolitik sowie zur Europapolitik und den Außenbeziehungen runden die Darstellungen ab. In einem Vergleichsbeitrag stellt der Herausgeber problemorientiert Gemeinsamkeiten und Unterschiede der politischen Systeme dar.

*Wolfgang Ismayr (Hg.):
Die politischen Systeme Osteuropas
2. Auflage, Verlag Leske+Budrich
Opladen 2004
966 Seiten, EUR 39,90 (D)*

*Wolfgang Ismayr (Hg.):
Die politischen Systeme Westeuropas
3. Auflage, Verlag Leske+Budrich,
Opladen 2003 (Nachdruck 2004)
916 Seiten, EUR 34,90 (D)*

Europa auf dem Weg zur militärischen Supermacht?

Diese These vertritt Gerald Oberansmayr, langjähriger Mitarbeiter und Aktivist der Friedenswerkstatt Linz und Redakteur der friedenspolitischen Zeitung *guernica*. In seiner aktuellen Publikation präsentiert er Belege hierfür, indem er den Militarisierungsprozess der EU historisch aufrollt.

Das Buch analysiert verschiedene Aspekte der EU-Militarisierung: die historisch-politische Entwicklung, die Debatte um die EU-Verfassung, den Aufbau der Interventionstruppen, die Rüstungsprojekte und die EU-Rüstungsindustrie. Einen breiten Raum nehmen die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der EU-Militarisierung ein. Trotz des Pessimismus in der Analyse vertritt der Autor einen Optimismus im Handeln. Denn der Prozess der Herausbildung einer militärischen Supermacht steckt voller Widersprüche – für Oberansmayr bieten sich insofern „genügend Möglichkeiten für Friedens-, globalisierungskritische und Sozialbewegungen, dem Rad der Militarisierung in die Speichen zu greifen“.

*Gerald Oberansmayr:
Auf dem Weg zur Supermacht
Die Militarisierung der Europäischen Union
Wien: Promedia 2004, 144 Seiten, EUR 9,90*

Lebensbedingungen von Frauen mit Lernschwierigkeiten

Wie leben Frauen mit Lernschwierigkeiten und welche Probleme ergeben sich für sie in einer Welt, die von nicht behinderten Menschen bestimmt wird? In der vorliegenden Broschüre wird dieser Frage anhand von Texten zum Thema und Statements betroffener Frauen nachgegangen. Die Broschüre „FrauenLeben?! - Lebensbedingungen von Frauen mit Lernschwierigkeiten“ ist kostenlos erhältlich bei:

*BIV integrativ
Sechshauserstraße 58, 1150 Wien
Telefon und Fax: 01 / 892 15 04
office@biv-integrativ.at*

Perspektiven bei der Planung des sozialen Raumes Stadt

Um die Lebensbedingungen in der Stadt zu verbessern, müssen der bauliche und der soziale Bestand der Stadtquartiere gleichermaßen berücksichtigt werden. Das setzt ein interdisziplinäres Zusammenwirken aller Akteurinnen und Akteure voraus, für das ein neues Management entwickelt werden muss. Es geht dabei um eine wirkungsvolle Abstimmung unter den Professionellen von Stadtplanung und Sozialer Arbeit, aber auch mit den Investorinnen und Investoren, sowie um die Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger.

Am ersten Tag der Fachtagung „sozial / raum / stadt“ wird die Perspektive der Akteurinnen und Akteure in Fachvorträgen entwickelt. Am zweiten Tag folgen Workshops, die sich einzelnen Projekten widmen. Die Fachtagung wird abgeschlossen mit einer Exkursion zu lokalen Stadtentwicklungsprojekten.

Termin: 4. bis 5. November 2004

Ort: Geisteswissenschaftliches Zentrum der Fachhochschule Köln, Claudiusstr. 1, D 50678 Köln

Weitere Informationen / Anmeldung: <http://www.sozial-raum-management.de>

Pflegekongress 2004

Ein Beruf – viele Welten: Pflege zwischen medizinischer Versorgung und sozialer Betreuung

Themenschwerpunkte des Kongresses sind unter anderem das Image der Pflege, die EU-Osterweiterung, ein Jahr „Pflegeombudsmann Dr. Vogt“ (Rückblick und Ausblick) sowie komplementäre Methoden in der Pflege (z.B. Aromatherapie, Basale Stimulation). ReferentInnen sind Marga Thome, Island (Key Note Speaker), Berta Schrems, Niederlande, Hanna Mayer, Österreich, August Österle, Österreich, u.v.m.

Termin: 4. und 5. November 2004

Ort: Austria Center Vienna

Weitere Informationen und Anmeldung: www.pflegekongress.at

Neue Wege zur Integrationsfachkraft

„Alle reden von Integration - wir auch von Qualität“: Tagung und Seminar der EQUAL Entwicklungspartnerschaft QSI – Quality Supported Skills for Integration in Zusammenarbeit mit der Bundesarbeiterkammer

Die EQUAL Entwicklungspartnerschaft „QSI – Quality Supported Skills for Integration“ erarbeitet seit Mitte September 2002 Curricula und Qualitätskriterien für Ausbildungen im Integrationsbereich. Im Zentrum der Arbeit stehen vier Pilotlehrgänge, in denen qualifizierte Integrationsfachkräfte ausgebildet werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden auf der Tagung präsentiert und mit allen Akteurinnen und Akteuren der Integrationsarbeit diskutiert. Eine Podiumsdiskussion widmet sich dem Beitrag von Aus- und Fortbildungen zur Qualität integrativer Arbeit. Das Seminar am zweiten Tag der Veranstaltung bietet die Möglichkeit, Diskussionen des ersten Tages zu vertiefen und Einblick in die Praxis zu nehmen. Den Abschluss der Veranstaltung bildet die Gründung einer Plattform zur Qualitätssicherung in der Integrationsarbeit durch fundierte Aus- und Weiterbildung.

Termin: 26. und 27. November 2004
Ort: Bildungszentrum der Arbeiterkammer in Wien

Weitere Informationen zur Tagung und ein Anmeldeformular finden Sie unter: www.qsi.at/tagung

Social Housing

UNECE-Konferenz, 28.-30. November 2004, Wien

Die Zukunft des sozialen Wohnbaus ist entscheidend für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Um seine Mitgliedsstaaten bei der Entwicklung von sozialen Wohnbauprogrammen zu unterstützen, hat das „Committee on Human Settlements“ der UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) Richtlinien zum Sozialen Wohnbau entwickelt. Bei dem internationalen Symposium, das von der UNECE gemeinsam mit der Stadt Wien veranstaltet wird, sind ExpertInnen aus den 55 UNECE-Ländern nun eingeladen, die vorgelegten „Guidelines on Social Housing“ zu kommentieren, zu diskutieren und mit Beispielen aus der Praxis zu veranschaulichen. Wien selbst kann eine Vielzahl markanter Beispiele des sozialen Wohnbaus vorweisen, die die Konferenzteilnehmer im Rahmen einer Fachexkursion kennenlernen können.

Veranstaltungsort: Wiener Rathaus, Festsaal, Eingang Lichtenfelsgasse 2, 1010 Wien

Konferenzsprachen sind Deutsch und Englisch in Simultanübersetzung. Die Arbeitssprache während der Fachexkursion ist ausschließlich Englisch. Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.socialhousing2004.at

„Nichts über uns ohne uns“ - Partizipation, Selbstorganisation und regionale Armutspolitik

2. Regionale Salzburger Armutskonferenz

Partizipation und Selbstorganisation von Betroffenen wird im Allgemeinen akzeptiert und begrüßt. Nicht zuletzt fordert auch die Europäische Union im Rahmen ihrer Politik zur sozialen Eingliederung die „Aktivierung aller relevanten Akteure“, folglich auch der Armutsbetroffenen. Die Praxis ist jedoch eine andere, im Besonderen, wenn es um Teilhabe und Teilnahme von Menschen mit Armutserfahrung geht. Die Herausforderung, partizipative Elemente in sämtliche Bereiche der regionalen Armutsbekämpfung strukturell zu integrieren, ist jedenfalls nicht zu unterschätzen. Primäres Veranstaltungsziel ist es daher, aufbauend auf den Erkenntnissen der theoretischen und praktischen Inputs, konkrete Partizipations- und Selbstorganisationsmodelle für Stadt und Land Salzburg zu erarbeiten.

Termin: 29. und 30. November 2004
Ort: Bildungshaus St. Virgil, Salzburg
Tagungsgebühr: EUR 45, Ermäßigungen auf Anfrage im Büro der Salzburger Armutskonferenz.

Mehr Information und Anmeldung unter:
office@salzburger-armutskonferenz.at bzw. 0662/849373-227

KONTRASTE

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz. Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Impressum:

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger: Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz, Tel.: ++43 (0)732/2468-7168

Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at

Web: <http://www.gespol.jku.at/kontraste.php>

Abo-service, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: ++43 (0)732/2468-7161; Fax DW 7172

Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer, Mag. Bettina Leibetseder

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte, die Redaktion behält sich jedoch das Recht auf Kürzung und Entscheidung über die Veröffentlichung vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

Redaktionsschluss ist jeweils der 20. des Vormonats.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge können, müssen aber nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer, Univ. Prof. Dr. Irene Dyk, a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Gröbl-Steinbach

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Mitgliedsbeiträgen und Abonnements:

Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70; StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30

Gratis Probeabo für drei Monate*; Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

* Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453